

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Sie sehen vor sich einen neuen an die Öffentlichkeit gerichteten Bericht der Continentale Holding AG. Dieser Bericht tritt neben den Geschäftsbericht, der den handelsrechtlichen Jahresabschluss erläutert.

Der vorliegende Bericht wird mit seinen Inhalten und seiner Gliederung durch das neue Aufsichtsregime Solvency II vorgeschrieben, das zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist. In der zugrundeliegenden EU-Gesetzgebung wird dieser Bericht als „Solvency and Financial Condition Report“, kurz SFCR, bezeichnet. Im deutschen Versicherungsaufsichtsgesetz lautet die Bezeichnung „Bericht über die Solvabilität und Finanzlage“.

Die Solvabilität ist – kurz gesagt – das Verhältnis zwischen den Eigenmittelanforderungen, die sich aus dem Risikoprofil eines Versicherungsunternehmens ergeben, und den Eigenmitteln, die dem Unternehmen zur Verfügung stehen.

Dieses komplexe Themenfeld für die interessierte Öffentlichkeit verständlich darzustellen ist nicht leicht. Zudem liegen branchenweit noch keine praktischen Erfahrungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben in konkrete Berichtsformate vor.

Dies vorausgeschickt hoffen wir, dass der vorliegende Bericht Ihr Interesse findet.

Dortmund, den 19. Mai 2017

Der Vorstand



Dr. Christoph Helmich



Dr. Gerhard Schmitz



Continentale Holding AG

Solvency and Financial Condition Report

zum Stichtag 31.12.2016

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	4
A.1 Geschäftstätigkeit	4
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	6
A.3 Anlageergebnis	6
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	7
A.5 Sonstige Angaben	7
B. Governance-System	7
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	7
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	11
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	13
B.4 Internes Kontrollsystem	16
B.5 Funktion der Internen Revision	17
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	18
B.7 Outsourcing	19
B.8 Sonstige Angaben	20
C. Risikoprofil	20
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	21
C.2 Marktrisiko	21
C.3 Kreditrisiko	23
C.4 Liquiditätsrisiko	24
C.5 Operationelles Risiko	24
C.6 Andere wesentliche Risiken	25
C.7 Sonstige Angaben	25
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	26
D.1 Vermögenswerte	27
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	31
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	36
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	38
D.5 Sonstige Angaben	39
E. Kapitalmanagement	40

E.1 Eigenmittel.....	40
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung.....	42
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	44
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen.....	44
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	44
E.6 Sonstige Angaben	44
Anhang I.....	44

Zusammenfassung

Dieser Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (**Solvency and Financial Condition Report, SFCR**) der Continentale Holding AG (im Folgenden: die Gesellschaft) bezieht sich auf das erste Geschäftsjahr unter dem aktuellen Aufsichtsregime Solvency II. Stichtag ist der 31. Dezember 2016. Zahlen, die Geldbeträge wiedergeben, werden sowohl im Fließtext als auch in tabellarischen Darstellungen in tausend Euro angegeben. Es wird kaufmännisch gerundet.

Die Gesellschaft gehört dem Continentale Versicherungsverbund an und befindet sich zu 100 % im Besitz der Continentale Krankenversicherung a.G.

Die Gesellschaft ist eine Finanzholding, die Beteiligungen an Unternehmen des Verbundes hält. Aktuell ist die Gesellschaft noch in geringem Umfang in der Rückversicherung tätig. Die Gesellschaft deckt das aus der ehemaligen Mannheimer AG Holding übernommene Rückversicherungsgeschäft zu einem geringen Teil bei konzernfremden Rückversicherern ein. Der verbleibende Rest ist an die Mannheimer Versicherung AG retrozediert, so dass insgesamt 100 % des Versicherungsgeschäftes abgegeben werden und netto kein versicherungstechnisches Risiko besteht. Es wird eine Ablösung des Geschäftes oder eine Übertragung auf die Mannheimer Versicherung AG angestrebt.

Das Governance-System der Gesellschaft wurde bereits in der Vorbereitungsphase auf Solvency II um die vorgeschriebenen Schlüsselfunktionen ergänzt – und zwar durch die Weiterentwicklung des zentralen Risikomanagements zur Risikomanagementfunktion, des Compliance-Verantwortlichen zur Compliance-Funktion und der Revision hin zur Funktion der Internen Revision sowie die Schaffung der Versicherungsmathematischen Funktion. Das Governance-System wurde im Berichtsjahr kontinuierlich ausgebaut; wesentliche Änderungen ergaben sich dabei nicht.

Das Governance-System der Gesellschaft ist hinsichtlich der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Anforderungen sowie hinsichtlich des Risikoprofils der Gesellschaft angemessen und wirksam.

Das wesentliche Risiko der Gesellschaft ist das Marktrisiko. Marktrisiken entstehen aus Schwankungen der Marktpreise für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Die Vermögenswerte bestehen im Wesentlichen aus Beteiligungen an den Gesellschaften des Continentale Versicherungsverbundes. In den Berichten über die Solvabilität und Finanzlage dieser Gesellschaften ist dargestellt, wie den Schwankungen des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten und damit den Schwankungen der Beteiligungswerte entgegengewirkt wird.

Die beherrschenden Positionen der Solvabilitätsübersicht sind auf der Aktivseite die Kapitalanlagen und auf der Passivseite die Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung), die insbesondere aus dem Schuldbeitritt der Gesellschaft zu den Pensionsverpflichtungen der Gesellschaften des Continentale Versicherungsverbundes resultieren.

Der Wert der Kapitalanlagen beträgt zum Stichtag unter Solvency II insgesamt 2.667.542 Tsd. Euro. Im Wesentlichen aufgrund der marktgerechten Bewertung der Beteiligungen übersteigt der Solvency-II-Wert den handelsrechtlichen Wert um 2.245.602 Tsd. Euro.

Der Solvency-II-Wert der Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) ist im Vergleich zum handelsrechtlichen Wert um 10.019 Tsd. Euro niedriger. Die Bewertungsdifferenz resultiert ausschließlich aus der Umbewertung der Verbindlichkeiten aus dem Schuldbeitritt der Gesellschaft zu den Pensionsverpflichtungen der Verbundgesellschaften.

Die Solvenzkapitalquote (SCR-Quote) der Gesellschaft beträgt 434,9 %. Die Gesellschaft ist somit deutlich überdeckt.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Die Continentale Holding AG ist die Finanzholding des Continentale Versicherungsverbundes. Sie hält Beteiligungen an den Gesellschaften des Verbundes. Aktuell ist die Gesellschaft noch in geringem Umfang in der Rückversicherung tätig.

Zum Jahresbeginn 2016 wurde das Personal auf Gesellschaften des Continentale Versicherungsverbundes übertragen, sodass die Gesellschaft keine eigenen Mitarbeiter im Berichtszeitraum mehr beschäftigt hat. Der Continentale Versicherungsverbund bietet ein breites Spektrum an Kranken-, Lebens- und Schaden-/Unfallversicherungen an. Dabei ist er kein Konzern im üblichen Sinne, denn er versteht sich als „Versicherungsverbund auf Gegenseitigkeit“. Es fußt auf der Rechtsform der Obergesellschaft: An der Spitze des Verbundes steht die Continentale Krankenversicherung a.G., ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Da ein Versicherungsverein seinen Mitgliedern, den Versicherten, gehört, orientiert sich sein Handeln in erster Linie an den Interessen der Versicherungsnehmer. Dies gilt für alle Gesellschaften des Continentale Versicherungsverbundes.

Neben der Gesellschaft gehören die nachfolgend dargestellten Versicherungsgesellschaften – jeweils mit Sitz in Deutschland – dem Continentale Versicherungsverbund an:

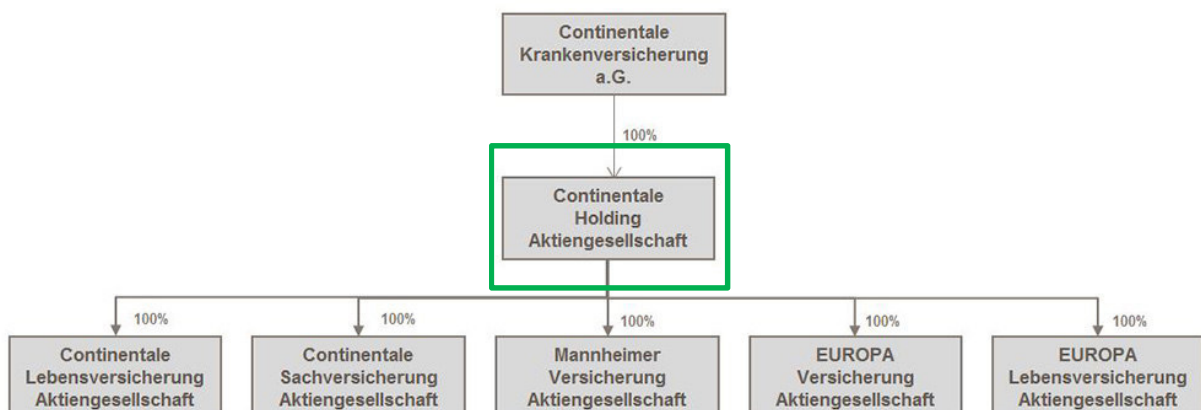


Abbildung 1: Konzernstruktur

Im Geschäftsjahr ergaben sich Änderungen in der Konzernstruktur. Mit Wirkung zum 11. Oktober 2016 veräußerte die Continentale Lebensversicherung AG ihre an der Gesellschaft

bestehenden Vorzugsaktien in Höhe von 6,75 % an die Continentale Krankenversicherung a.G. Im Anschluss daran brachte die Continentale Krankenversicherung a.G. zum 12. Oktober 2016 ihre Beteiligung in Höhe von 100 % an der Continentale Lebensversicherung AG in die Gesellschaft ein.

Durch die Übertragung der Aktien der Continentale Lebensversicherung AG auf die Gesellschaft ergibt sich nun eine einheitliche Konzernstruktur: Alle Versicherungsaktiengesellschaften des Continentale Versicherungsverbundes sind Tochtergesellschaften der Gesellschaft, die wiederum Tochter der Continentale Krankenversicherung a.G. ist (mit Sitz in der Ruhrallee 92, 44139 Dortmund).

Die MV Augustaanlage GmbH & Co. KG und die IMD Gesellschaft für Informatik und Datenverarbeitung mbH sind weitere wichtige verbundene Unternehmen der Gesellschaft. Der Anteilsbesitz an der MV Augustaanlage GmbH & Co. KG teilt sich auf die Continentale Krankenversicherung a.G. (84,9 %), die Gesellschaft (10 %) und die Continentale Beteiligungs GmbH & Co. KG (5,1 %) auf. Die IMD Gesellschaft für Informatik und Datenverarbeitung mbH ist eine 100-prozentige Tochter der Gesellschaft.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Namen und Kontaktdaten der für die Finanzaufsicht über die Gesellschaft zuständigen Aufsichtsbehörde und des Wirtschaftsprüfers dargestellt.

Name und Kontaktdaten der für die Finanzaufsicht über die Gesellschaft zuständigen Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Fon: 0228 4108-0
Fax: 0228 4108 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Name und Kontaktdaten des Wirtschaftsprüfers

KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Barbarossaplatz 1a, 50674 Köln, Deutschland

Tabelle 1: Namen und Kontaktdaten der zuständigen Aufsichtsbehörde und des Wirtschaftsprüfers

Im Geschäftsjahr wurden von der Gesellschaft die folgenden Geschäftsbereiche unter Solvency II betrieben:

- Proportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung
- Proportionale Feuer- und andere Sachrückversicherungen
- Proportionale Allgemeine Haftpflichtrückversicherung
- Lebensrückversicherung

Die Versicherungszweige Feuer- und Sachversicherung sowie Transport- und Luftfahrtversicherung werden unter Solvency II den Geschäftsbereichen Proportionale

Feuer- und andere Sachrückversicherungen und Proportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung zugeordnet. Geschäft aus dem Versicherungszweig Allgemeine Haftpflicht wird, soweit es sich um Luftfahrzeughaftpflicht oder See-, Binnensee- und Flussschiffahrtshaftpflicht handelt, dem Geschäftsbereich Proportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung zugewiesen und ansonsten dem Geschäftsbereich Proportionale Allgemeine Haftpflichtversicherung. Die der Einzel- und Kollektivversicherung mit Überschussbeteiligung zugeordneten Versicherungszweige wurden von der Gesellschaft im Geschäftsjahr nur als aktive Rückversicherung betrieben und daher unter Solvency II grundsätzlich dem Geschäftsbereich Lebensrückversicherung zugeordnet.

Die Gesellschaft konzentriert sich bei Ihrer Geschäftstätigkeit grundsätzlich auf Deutschland. Darüber hinaus bestand zum Stichtag eine Vertragsbeziehung mit einer italienischen Zedentin im Bereich der Lebensrückversicherung.

Durch das Inkrafttreten von Solvency II am 1. Januar 2016 hat sich der administrative Aufwand der Gesellschaft durch neue aufsichtsrechtliche Anforderungen deutlich erhöht.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Zum Stichtag hatte die Gesellschaft Bruttobeitragseinnahmen in Höhe von 216 Tsd. Euro. Im Wesentlichen stammen diese aus dem Geschäftsbereich Lebensrückversicherung. Sie wurden komplett zediert, sodass die Gesellschaft netto keine Prämieinnahmen zu verbuchen hatte. Das versicherungstechnische Ergebnis betrug insgesamt -38 Tsd. Euro.

A.3 Anlageergebnis

Die nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die Erträge aus und Aufwendungen für Anlagegeschäfte, aufgeschlüsselt nach Vermögenswertklassen nach Solvency II.

Übersicht über Erträge aus und Aufwendungen für Anlagegeschäfte			
<i>in Tsd. €</i>	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	10.968	2.879	8.089
<i>Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen</i>	7.000	2.776	4.224
<i>Aktien – nicht notiert</i>	0	0	0
<i>Staatsanleihen</i>	41	0	41
<i>Unternehmensanleihen</i>	3.513	0	3.513
<i>Organismen für gemeinsame Anlagen</i>	414	103	311

Tabelle 2: Erträge aus und Aufwendungen für Anlagegeschäfte

Erläuterungen zu den jeweiligen Vermögenswertklassen nach Solvency II sind in Kapitel D.1 hinterlegt.

Das Kapitalanlageergebnis, das sich aus dem Ergebnis der Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge) ergibt, beträgt 8.089

Tsd. Euro. Diesem stehen Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und Sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen in Höhe von 66 Tsd. Euro gegenüber, die sich nicht nach Vermögenswertklassen aufschlüsseln lassen.

Die Nettoverzinsung, die das gesamte Kapitalanlageergebnis, in dem zusätzlich zu den in obiger Tabelle dargestellten Posten noch die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen enthalten sind, auf den mittleren Kapitalanlagebestand bezieht, beträgt 2,2 %. Der Dreijahresdurchschnitt der Nettoverzinsung beträgt 4,6 %.

Die Gesellschaft hält keine Anlagen in Verbriefungen.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Die Gesellschaft hat zum Stichtag keine wesentlichen sonstigen Einnahmen oder Aufwendungen.

A.5 Sonstige Angaben

Es gibt keine weiteren wesentlichen Informationen zur Geschäftstätigkeit und zum Geschäftsergebnis der Gesellschaft.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Die Gesellschaft bedient sich operativ der Aufbau- und Ablauforganisation der Verbundgesellschaften, da sie selbst keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt.

Als Governance-System wird das umfassende Organisations-, Regelungs- und Steuerungssystem bezeichnet, das die ordnungsgemäße Unternehmensleitung gewährleistet. Das Gesamtsystem besteht aus einer Vielzahl von Elementen und Prozessen, die sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. Durch die Verzahnung über effektive Informations-, Kommunikations- und Entscheidungswege wird die Wirksamkeit des Governance-Systems sichergestellt. Die Gesellschaft verfügt über eine angemessene und transparente Organisationsstruktur mit klarer Zuweisung der Zuständigkeiten sowie über ein wirksames Berichtswesen. Das Governance-System wurde im Berichtsjahr kontinuierlich ausgebaut; wesentliche Änderungen ergaben sich dabei nicht.

Der Vorstand ist die oberste Entscheidungs- und Steuerungsinstanz im Governance-System. Ihm obliegt die Gesamtverantwortung für die Implementierung und Weiterentwicklung eines funktionierenden Governance-Systems (insbesondere Risikomanagementsystem, Internes Kontrollsystem) unter Beachtung gesetzlicher Vorgaben.

Der Vorstand gibt die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie vor und beschließt die internen Richtlinien zur Umsetzung der Strategien. Zudem übernimmt er die Verantwortung für die Melde- und Berichtsprozesse an den Aufsichtsrat, die Aufsicht und die Öffentlichkeit.

Der Vorstand sichert die Unabhängigkeit und die Funktionsfähigkeit aller Schlüsselfunktionen. Die verbundweite Koordination wird durch gemeinsame Sitzungen der Vorstände aller Versicherungsgesellschaften des Verbundes sichergestellt.

Darüber hinaus hat der Vorstand den Koordinierungskreis Risikomanagement und Governance als übergreifende Informations- und Diskussionsplattform für Sachverhalte, die einen wesentlichen Einfluss auf das Risikomanagement, das Governance-System und das Interne Kontrollsystem haben, installiert.

Der Vorstand der Gesellschaft setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Dr. Christoph Helmich, Vorsitzender
 - Recht, Compliance und Revision
- Dr. Gerhard Schmitz, stellv. Vorsitzender
 - Finanzen
- Dr. Marcus Kremer
 - bis 31. Dezember 2016

Dem Aufsichtsrat obliegt die Bestellung des Vorstandes, die Überprüfung der Einhaltung der Kriterien für die fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit des Vorstandes sowie die Überwachung der Geschäftsführung durch den Vorstand. Der Aufsichtsrat setzt die Vorstandsvergütung fest und beschließt die Geschäftsordnung sowie den Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand.

Weitere wesentliche Aufgaben des Aufsichtsrates sind die Überwachung der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des internen Revisionssystems und des Compliance-Systems sowie die Erteilung der Prüfungsaufträge an den Abschlussprüfer, die Würdigung der Wirtschaftsprüfer-Berichte und die Feststellung des HGB-Jahresabschlusses. Außerdem berät der Aufsichtsrat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens, unter anderem in strategischen Fragen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Dipl.-Math. Rolf Bauer, Vorstandsvorsitzender i.R., Vorsitzender
- Dipl.-Kfm. Dr. Horst Hoffmann, Vorstandsvorsitzender i.R., bis 6. Juli 2016
- Lutz Duvernell, Rechtsanwalt, stellv. Vorsitzender
- Dipl.-Math. Heinz Jürgen Scholz, Vorstandsmitglied i. R., ab 6. Juli 2016

Für übergreifende Aufgaben innerhalb des Governance-Systems sind als Schlüsselfunktionen identifiziert und eingerichtet: die Risikomanagementfunktion im Ressort Schlegel (siehe B.3), die Compliance-Funktion im Ressort Dr. Helmich (siehe B.4), die Interne Revision im Ressort Dr. Helmich (siehe B.5) und die Versicherungsmathematische Funktion im Ressort Andersch (siehe B.6). Alle Schlüsselfunktionen sind personell angemessen ausgestattet.

Die Schlüsselfunktionen sind organisatorisch klar voneinander getrennt und stehen gleichrangig nebeneinander, ohne untereinander weisungsbefugt zu sein. Sie sind derart eingerichtet, dass sie jederzeit frei von Einflüssen sind, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung verhindern. Sie verfügen über uneingeschränkten Zugang zu den für die Erfüllung ihrer Aufgabe relevanten Informationen. Über einen laufenden Informationsaustausch sowie über einen regelmäßigen Austausch im Koordinierungskreis

Risikomanagement und Governance wird die zeitnahe Information über relevante Sachverhalte sichergestellt.

Die Schlüsselfunktionen berichten regelmäßig und erforderlichenfalls ad hoc an den Vorstand. Grundsätze, Aufgaben und Berichtspflichten der Schlüsselfunktionen sind jeweils in einer internen Richtlinie geregelt.

Übergreifendes Ziel der Risikomanagementfunktion ist die Förderung der Risikokultur. Sie entwickelt beziehungsweise unterstützt die Fachbereiche bei der Entwicklung einer dem Risikoprofil angemessenen Aufbau- und Ablauforganisation. Sie koordiniert und führt den ORSA-Prozess durch und koordiniert die Erfüllung der Berichterstattungspflichten unter Solvency II. Die organisatorische Ausgestaltung sowie eine ausführliche Aufgabenbeschreibung der Risikomanagementfunktion sind in Kapitel B.3 dargestellt.

Die Compliance-Funktion berät den Vorstand in Bezug auf rechtliche Entwicklungen, gesetzliche Anforderungen und hinsichtlich aller Maßnahmen, die für die Erfüllung von Compliance erforderlich sind. Hierzu behält sie das Rechtsumfeld im Blick (Rechtsmonitoring) und führt frühzeitig eine Analyse von möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes durch. Darüber hinaus überwacht die Compliance-Funktion, ob die Einhaltung der externen Anforderungen durch angemessene und wirksame interne Verfahren sichergestellt wird. Die organisatorische Ausgestaltung sowie eine ausführliche Aufgabenbeschreibung der Compliance-Funktion sind in Kapitel B.4 dargestellt.

Die Interne Revision prüft objektiv und unabhängig von anderen operativen Tätigkeiten die gesamte Geschäftsorganisation und insbesondere das interne Kontrollsystem auf deren Angemessenheit und Wirksamkeit. Die organisatorische Ausgestaltung sowie eine ausführliche Aufgabenbeschreibung der Internen Revision sind in Kapitel B.5 dargestellt.

Die Versicherungsmathematische Funktion stellt im Sinne einer unabhängigen Validierung die Verlässlichkeit und Qualität der versicherungsmathematischen Rückstellungsbewertung für Solvency II einschließlich der verwendeten Daten und Verfahren sicher und berichtet darüber an die Geschäftsleitung. Darüber hinaus nimmt sie eine Beurteilung der Zeichnungspolitik und des Rückversicherungsprogramms der Gesellschaft vor. Die organisatorische Ausgestaltung sowie eine ausführliche Aufgabenbeschreibung der Versicherungsmathematischen Funktion sind in Kapitel B.6 dargestellt.

Das Vergütungssystem der Gesellschaft basiert im Wesentlichen auf Festvergütungen. Aufgrund des Verständnisses der Festvergütung als transparenter und verlässlicher Gegenwert für die erbrachte Leistung hat diese aus Sicht der Gesellschaft einen deutlich höheren motivatorischen Stellenwert als umfangreiche variable Vergütungsbestandteile. Die Höhe der variablen Vergütung und ihr Anteil an der Gesamtvergütung erfordern keine gestreckte Auszahlung nach Artikel 275 der Delegierten Verordnung.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine Festvergütung, in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Funktion. Außerdem erhalten die Mitglieder Sitzungsgelder beziehungsweise Tagegelder.

Bei der Vergütung der Vorstandsmitglieder wird darauf geachtet, dass diese in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und zu den Leistungen des Vorstandsmitglieds sowie zur Lage der Gesellschaft steht und sich die Gesamtvergütung in einem üblichen Rahmen bewegt. Die Vorstandsmitglieder erhalten im Wesentlichen eine Festvergütung und

marktkonforme Nebenleistungen. Der Aufsichtsrat behält sich vor, einem Vorstandsmitglied für anlassbezogene, besonders herausragende Leistungen, die einen zukunftsbezogenen Nutzen für die Gesellschaft bringen, eine Erfolgsvergütung durch Einmalzahlung zu gewähren.

Ein Vorstandsmitglied hat grundsätzlich Anspruch auf ein Ruhegehalt ab Vollendung des 63. Lebensjahres, sofern das Dienstverhältnis als Folge eines vertraglich definierten Versorgungsfalles endet. Das Ruhegehalt entspricht einem bestimmten Prozentsatz der zuletzt gezahlten Vergütung in Abhängigkeit von der Dauer der Vorstandstätigkeit.

Für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder gilt, dass keine individuellen oder kollektiven Erfolgskriterien an Aktienoptionen, Aktien und/oder variable Vergütungsbestandteile geknüpft sind.

Die für eine Schlüsselfunktion verantwortlichen Personen werden im Sinne der Vergütung als Mitarbeiter aufgefasst, sofern sie kein Vorstandsmitglied sind.

Grundlage für die Vergütung der Mitarbeiter ist der Tarifvertrag für die private Versicherungswirtschaft.

Neben den Festbezügen können an Mitarbeiter bei individuell besonderen Leistungen Einmalzahlungen gezahlt werden. Darüber hinaus ist im Innendienst für die leitenden und die übertariflich bezahlten Angestellten eine leistungsorientierte Vergütung vorgesehen, die einen Ausgleich für den nicht dynamischen Gehaltsanteil bei Tariflohnerhöhungen darstellt.

Auf der Grundlage des Geschäftsergebnisses des Vorjahres können Aufsichtsrat und Vorstand beschließen, an die Mitarbeiter des Innendienstes eine Erfolgsbeteiligung zu zahlen.

Für die Mitarbeiter stellt die arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung eine besondere Vorsorgeleistung dar. Hierbei wird eine Rentenversicherung abgeschlossen, in die der Arbeitgeber einen prozentualen Anteil des Jahresgehaltes einzahlt.

Das Vergütungssystem ist insgesamt so ausgerichtet, dass keine Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken gesetzt werden.

Es gab im Berichtsjahr keine wesentlichen Transaktionen mit Anteilseignern, mit Personen, die maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben, oder mit Mitgliedern des Aufsichtsrates oder des Vorstandes.

Alle Elemente des Governance-Systems werden von der Gesellschaft laufend hinsichtlich ihrer Angemessenheit in Bezug auf gesetzliche, aufsichtsrechtliche und betriebliche Anforderungen beurteilt. Die unterjährige und jährliche Berichterstattung der jeweils Verantwortlichen, insbesondere der Verantwortlichen Personen der Schlüsselfunktionen, haben keine Hinweise auf mangelnde Angemessenheit des Governance-Systems ergeben.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Die aus Sicht der Gesellschaft relevanten Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit sowie die Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit sind in einer internen Richtlinie festgelegt.

Jedes Aufsichtsratsmitglied muss über angemessene Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen, um die Geschäftsführung durch den Vorstand überwachen und die Entwicklung der Gesellschaft aktiv begleiten zu können. Damit der Aufsichtsrat seine Kontrollfunktion vollständig wahrnehmen kann, achtet er darauf, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen in allen relevanten Bereichen verfügen.

Eine auf den Vorstand bezogene fachliche Eignung setzt in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Unternehmensgeschäften sowie Leitungserfahrung voraus. Die Mindestanforderungen an angemessene Kenntnisse und Erfahrungen umfassen folgende Bereiche: Versicherungs- und Finanzmärkte, Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell, Governance-System, Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse sowie regulatorischer Rahmen. Jedes Mitglied des Vorstands verfügt über angemessene Kenntnisse aller Vorstandsressorts.

Bei den für die Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen wird der erfolgreiche Abschluss eines (Fach-) Hochschulstudiums oder eine vergleichbare berufliche Qualifikation in der entsprechenden Grundausrichtung der Schlüsselfunktion vorausgesetzt. Darüber hinaus ist nachgewiesene fachspezifische berufliche Erfahrung erforderlich. Außerdem werden für alle Schlüsselfunktionen grundlegende Kenntnisse des Versicherungsgeschäftes in den vom Continentale Versicherungsverband betriebenen Sparten erwartet. Ferner sollen die für Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen – bezogen auf ihren Zuständigkeitsbereich – einen Überblick über die allgemeinen Entwicklungen in der Branche haben und erkennen, welche darüber hinausgehenden Entwicklungen im gesellschaftlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Bereich Einfluss auf ihre Aufgabe haben.

Bei der erstmaligen Auswahl von Anteilseignervertretern für den Aufsichtsrat, Vorstandsmitgliedern sowie von für Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen werden die Anforderungen an die fachliche Qualifikation abgeglichen durch eine Analyse der vorgelegten Unterlagen. Zu den vorgelegten Unterlagen gehört für alle vorgenannten Personengruppen ein vollständiger und unterschriebener Lebenslauf. Bei Vorstandsmitgliedern und für Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen werden darüber hinaus die Zeugnisse über die bisherigen Tätigkeiten angefordert. Zudem werden vertiefende Auswahlgespräche zur fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats (bei Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern) beziehungsweise mit dem künftigen Vorgesetzten (bei einer für eine Schlüsselfunktion verantwortlichen Person) geführt.

Die fortlaufende Beurteilung der fachlichen Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder findet vor allem im Rahmen der Gremiumsarbeit durch die immanente Selbstevaluation statt.

Es erfolgt ein regelmäßiger Austausch im laufenden Mandatsverhältnis zwischen Aufsichtsrat und Vorstand, der auch einen immanenten Abgleich zwischen den Anforderungen an die fachliche Qualifikation des Vorstands und der aktuellen Qualifikation beinhaltet.

Bei Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes ist ihre jeweilige fachliche Qualifikation zudem ein Aspekt, der in ihre Entlastung für das abgelaufene und für die Bestellung für das neue Geschäftsjahr einfließt.

Bei den für eine Schlüsselfunktion verantwortlichen Personen findet im laufenden Arbeitsverhältnis in regelmäßigen Mitarbeitergesprächen ein Abgleich zwischen den Anforderungen an die fachlichen Qualifikationen der für eine Schlüsselfunktion verantwortlichen Person und der aktuellen Qualifikation statt. Die abschließende Beurteilung der fachlichen Qualifikation obliegt dem Vorstand, der im Bedarfsfall auch notwendige Qualifizierungsmaßnahmen anordnet, wenn die aktuelle Qualifikation den Anforderungen nicht mehr entspricht.

Eine Erfüllung der Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit wird allen Gremienmitgliedern und Mitarbeitern unterstellt, wenn keine Tatsachen erkennbar sind, die Unzuverlässigkeit vermuten lassen. Unzuverlässigkeit ist anzunehmen, wenn persönliche Umstände nach der allgemeinen Lebenserfahrung die Annahme rechtfertigen, dass diese die sorgfältige und ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben beeinträchtigen können.

Die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt für alle Gremienmitglieder und Mitarbeiter im Rahmen der in Deutschland zugelassenen Möglichkeit zur Erhebung geeigneter Daten. Hierzu gehören Selbstauskünfte zur finanziellen Situation sowie zu Vorstrafen und zu anhängigen Ermittlungs- oder Strafverfahren.

Gleichermaßen erfolgt auf diesem Weg die Offenlegung und Erörterung paralleler weiterer Tätigkeiten oder Geschäftsbeziehungen, die zu Interessenkonflikten führen können oder den Anschein von Interessenkonflikten im Hinblick auf das auszuübende Mandat beziehungsweise auf die auszuübende Funktion erwecken.

Die Sichtung der vorgelegten Informationen wird ergänzt durch ein umfassendes persönliches Gespräch, in dem die Bewertung der Unterlagen im zulässigen Rahmen weiter verifiziert wird. Darüber hinaus wird im Rahmen der Anzeige der Bestellung bei der BaFin die Vorlage eines Führungszeugnisses und eines Auszuges aus dem Gewerbezentralregister oder vergleichbarer Unterlagen verlangt.

Anlässe für die Neubeurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit aller Personengruppen ergeben sich, wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass das solide und vorsichtige Management der Gesellschaft gefährdet ist.

Darüber hinaus kann das Bekanntwerden von Vorkommnissen innerhalb oder außerhalb der Gesellschaft, die die persönliche Integrität und Loyalität gegenüber der Gesellschaft infrage stellen, eine erneute Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit auslösen. Dies können Verstöße gegen interne Richtlinien oder Regelungen sein, aber auch außerbetriebliche Vorkommnisse, die die Reputation der Gesellschaft beschädigen können.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Übergreifendes Ziel des Risikomanagements ist es, die Finanz- und Ertragskraft der Gesellschaft nachhaltig zu sichern und weiter zu stärken. Das Risikomanagementsystem, das die Erreichung dieses Ziels sicherstellt, ist dem Risikoprofil der Gesellschaft entsprechend angemessen ausgestaltet. Die etablierten Strukturen sowie der Risikomanagementprozess dienen der Risikoidentifikation und -bewertung, der Ermittlung der Risikotragfähigkeit, der Risikolimitierung, der Risikosteuerung und -überwachung sowie der Risikoberichterstattung. Strukturen und Prozesse des Risikomanagementsystems werden laufend mit den in der Branche etablierten Standards abgeglichen und entsprechend weiterentwickelt.

Der Vorstand ist die oberste Entscheidungs- und Steuerungsinstanz im Risikomanagementsystem. Ihm obliegt die Gesamtverantwortung für die Implementierung eines funktionierenden Risikomanagementsystems und dessen Weiterentwicklung sowie für die Festlegung wesentlicher risikopolitischer Vorgaben. Der Vorstand ist für die angemessene Berichterstattung an Aufsichtsrat und BaFin verantwortlich.

Die vom Vorstand verabschiedete Geschäftsstrategie stellt den Ausgangspunkt für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems dar. Sie dokumentiert die geschäftspolitische Ausrichtung und ermöglicht eine Ableitung der mittel- und kurzfristigen Ziele sowie der Planungen der Gesellschaft. Zudem stellt sie die strategischen Maßnahmen dar, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen.

Die auf die Steuerung der Gesellschaft abgestimmte und vom Vorstand festgelegte Risikostrategie dient als Grundlage für ein effektives Risikomanagement. In ihr sind die risikopolitische Ausrichtung, die Rollen und Verantwortlichkeiten im Rahmen des Risikomanagements, Vorgaben zur Risikotragfähigkeit sowie zum Limitsystem und Angaben zur Einschätzung von Wesentlichkeiten geregelt. Darüber hinaus systematisiert die Risikostrategie die Risiken der Gesellschaft.

Unter Berücksichtigung der verbundweiten risikopolitischen Grundsätze werden vom Vorstand Mindestbedeckungsquoten und Frühwarnschwellen für die aufsichtsrechtlich relevante Solvenzkapital-Quote festgelegt. Diese Schwellen werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst. Die Schwellen stellen die aus der Risikostrategie abgeleitete Risikotoleranz dar und legen die Auslöser für Analysen und gegebenenfalls für das Ergreifen von Maßnahmen zur Verbesserung der Solvenzsituation fest.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft gliedert sich in seinem Aufbau in drei Verteidigungslinien.

Die erste Verteidigungslinie wird von den Risikoverantwortlichen, die in der Regel Führungskräfte erster Ebene sind, gebildet. Diese sind sowohl für die Identifikation von Risiken in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich als auch für die Bewertung, Steuerung, Überwachung und Meldung der ihnen zugeordneten Risiken verantwortlich. Sie können sich hierbei der operativen Unterstützung durch Spezialisten aus ihrem Verantwortungsbereich

bedienen. Darüber hinaus sind alle Mitarbeiter verpflichtet, potentielle Risiken frühzeitig und zielgerichtet an den Risikoverantwortlichen zu kommunizieren.

Die zweite Verteidigungslinie bilden die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion sowie die Versicherungsmathematische Funktion.

Die Risikomanagementfunktion setzt sich aus der für die Schlüsselfunktion verantwortlichen Person sowie aus den Organisationseinheiten quantitatives und qualitatives Risikomanagement zusammen. Für die Risikomanagementfunktion verantwortliche Person ist der Vorstand Risikomanagement. Die Risikomanagementfunktion ist für die zentrale Koordination des Risikomanagementprozesses sowie für eine zentrale Risikoberichterstattung gegenüber dem Vorstand verantwortlich.

Darüber hinaus fallen die Entwicklung von Methoden und Prozessen zur Risikobewertung und -überwachung (sofern sie nicht von dezentralen Organisationseinheiten wahrgenommen werden) sowie die Steuerung und Koordination des ORSA-Prozesses in die Zuständigkeit der Risikomanagementfunktion.

Zur Sicherstellung einer einheitlichen Risikoidentifikation und -bewertung steuert die Risikomanagementfunktion den Risikoinventurprozess. Der Risikoinventurprozess ist Teil des ORSA-Prozesses und wird jährlich zum 31. Dezember vollständig durchgeführt. Dabei werden die Risiken anhand des verbundweiten Risikokataloges nach Risikokategorien systematisiert und erörtert. Die Ergebnisse werden durch vierteljährliche Änderungsabfragen aktuell gehalten und an den Vorstand zwecks Früherkennung von Risiken kommuniziert. Die Risikomanagementfunktion unterstützt die Risikoverantwortlichen bei der Identifizierung und Bewertung ihrer Risiken und prüft und verdichtet die durch die Risikoverantwortlichen bereitgestellten Informationen.

Um eine adäquate und zutreffende Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Risikosituation zu erhalten, wird jährlich der ORSA-Prozess durchgeführt. Die Gesellschaft beurteilt dabei die jederzeitige Einhaltung der gesetzlichen Kapitalanforderungen und der Anforderungen an die Versicherungstechnischen Rückstellungen sowie den gegenwärtigen und mittelfristigen Gesamtsolvabilitätsbedarf.

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf spiegelt die Kapitalanforderung nach eigener Betrachtung wider. Bei der Berechnung liegt als Risikomaß in der Regel der einjährige Value at Risk (VaR) mit einem Konfidenzniveau von 99,5 % zugrunde. Das heißt, die Gesellschaft definiert den Gesamtsolvabilitätsbedarf auf Basis eines sogenannten 200-Jahres-Ereignisses. Hierfür werden zunächst die in der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Standardformel getroffenen Annahmen auf Angemessenheit überprüft und mit dem unternehmensindividuellen Risikoprofil abgeglichen. Darüber hinaus fließen die Risiken ein, welche durch die Standardformel nicht erfasst werden, aber dennoch einen Einfluss auf die Solvabilitätssituation haben können. Sofern man bei der Angemessenheitsprüfung der Standardformel zu dem Ergebnis kommt, dass ein Risiko nicht angemessen bewertet wird, werden entweder die in der Standardformel verwendeten Annahmen und Parameter auf die unternehmensindividuelle Situation angepasst oder es wird ein abweichendes Risikomodell verwendet oder es wird über die Risikoinventur auf eine Expertenschätzung zurückgegriffen. Abschließend ergibt sich hieraus gegebenenfalls ein von der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderung abweichender Gesamtsolvabilitätsbedarf.

Die wesentlich am ORSA-Prozess beteiligten Unternehmensbereiche sind das Aktuariat, das Kapitalanlagen-Controlling, das Konzerncontrolling sowie das quantitative Risikomanagement. Die grundlegenden Festlegungen, also welche Stresstests, Sensitivitätsanalysen und Szenarioanalysen mit ihren Auswirkungen auf die Solvenzsituation für den ORSA-Prozess betrachtet werden, erfolgen durch den Vorstand.

Der ORSA-Prozess wird mit der Erstellung des ORSA-Berichtes abgeschlossen, der sich an Vorstand und Aufsichtsbehörde richtet. Dem Vorstand obliegt die finale Freigabe des ORSA-Berichtes. Der Bericht hat das Ziel, die Entscheidungsträger umfassend über die Risikosituation der Gesellschaft zu informieren und insbesondere wichtige Hinweise für die Unternehmenssteuerung zu liefern.

Die Ergebnisse des ORSA werden bei wesentlichen Entscheidungen des Vorstands, zum Beispiel zu Produkteinführungen oder Veränderungen in der Kapitalanlagestruktur berücksichtigt und fließen insbesondere in das Kapitalmanagement mit ein, wo besonders die zukünftigen Betrachtungen der Solvenzsituation von Interesse sind.

Das Kapitalmanagement verfolgt den Anspruch, geeignete Prozesse und eine geeignete Infrastruktur vorzuhalten, um alternative Geschäftsentwicklungen inklusive Krisenszenarien abbilden zu können und damit die Grundlage für nachhaltige Managemententscheidungen und geeignete Notfallpläne zu schaffen. Um eine enge Kooperation zwischen Risikomanagement und Kapitalmanagement sicherzustellen, findet ein regelmäßiger Austausch über die aktuelle und zukünftige Kapital- beziehungsweise Risikosituation statt.

Die Compliance-Funktion, als Bestandteil der zweiten Verteidigungslinie, trägt auch zu einer wirksamen Umsetzung des Risikomanagements bei, indem sie die Aufgabe einer Beratungs-, Frühwarn-, Kontroll- und Überwachungsfunktion zur Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und regulatorischen Anforderungen wahrnimmt. Sie meldet darüber hinaus Compliance-relevante Sachverhalte in einem jährlichen Turnus an den Vorstand und an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates sowie gegebenenfalls ad hoc an den Vorstand.

Die Versicherungsmathematische Funktion trägt zu einer wirksamen Umsetzung des Risikomanagements bei, indem sie die bei der Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II verwendeten Methoden, Annahmen und Daten bewertet und dem Vorstand hierüber regelmäßig und gegebenenfalls ad hoc Bericht erstattet. Darüber hinaus nimmt sie eine Beurteilung der Zeichnungspolitik und des Rückversicherungsprogrammes der Gesellschaft vor.

Das Risikomanagement in der zweiten Verteidigungslinie ist neben einer unabhängigen und objektiven Tätigkeit einer jeden Schlüsselfunktion durch eine wechselseitige Unterrichtung der Risikomanagementfunktion, der Compliance-Funktion und der Versicherungsmathematischen Funktion geprägt.

Als dritte Verteidigungslinie trägt die Interne Revision durch eine risikoorientierte Prüfungsplanung sowie -durchführung zu einer wirksamen Umsetzung des Risikomanagements bei.

Die Effektivität des Risikomanagementsystems wird durch eine permanente und offene Kommunikation, unter anderem im Koordinierungskreis Risikomanagement und Governance, gefördert.

B.4 Internes Kontrollsystem

Das Interne Kontrollsystem der Gesellschaft umfasst die Gesamtheit aller internen Vorgaben, organisatorischen und technischen Maßnahmen sowie Kontrollen, die die folgenden Ziele sicherstellen:

- Schutz: Bewahrung des Vermögens durch die Minderung oder die Abwehr von Risiken, die durch bewusste oder unbewusste Schädigung von innen oder die bewusste Schädigung von außen entstehen
- Information: Angemessenheit, Vollständigkeit und Richtigkeit der internen sowie externen Berichte, insbesondere bezüglich der Finanzberichterstattung und der Berichte an Aufsichtsbehörden
- Leistung: Effektivität, Qualität und Effizienz der Geschäftstätigkeit

Die für das Interne Kontrollsystem vom Vorstand festgelegten Handlungsprinzipien sind fester Bestandteil der täglichen Arbeit der Organisationseinheiten. Die Ausrichtung des Internen Kontrollsystems erfolgt nach Art und Umfang des Geschäftes sowie nach Art, Ursache und Höhe des hiermit verbundenen Risikos (Proportionalitätsprinzip). Zudem wird sichergestellt, dass sämtliche Tätigkeiten und Entscheidungen mit hoher Risikorelevanz nicht von einer einzelnen Person durchgeführt oder getroffen werden (Vier-Augen-Prinzip) und dass mit Interessenkonflikten verbundene Tätigkeiten organisatorisch getrennt werden (Funktionstrennungsprinzip).

Zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems werden die Sicherungsmaßnahmen und Kontrollen regelmäßig überprüft und an die aktuelle Situation angepasst. Die aus Unternehmenssicht wesentlichen Elemente des Internen Kontrollsystems werden zusätzlich einem jährlichen Regelprozess unterworfen, der die systematische Beurteilung des Internen Kontrollsystems nach einem einheitlichen Verfahren sicherstellt. Die Einhaltung und Durchführung des Regelprozesses wird vom Koordinator des Internen Kontrollsystems überwacht. Die über den Regelprozess gewonnenen Informationen werden im Bericht an den Vorstand über das Interne Kontrollsystem dargestellt. Die Schlüsselfunktionen erhalten diesen zur Kenntnis.

Parallel zum Internen Kontrollsystem dient die Compliance-Funktion dem Ziel der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben und der selbst gesetzten Regeln, um aufsichtsrechtliche Sanktionen, finanzielle Einbußen und Reputationsschäden zu vermeiden.

Die Compliance-Funktion besteht aus einem zentralen Compliance-Verantwortlichen, der die für die Compliance-Funktion verantwortliche Person ist, einem daran angegliederten Compliance-Komitee und dezentralen, funktionsbezogenen Compliance-Beauftragten. Der Compliance-Verantwortliche hat Zugriff auf alle relevanten Daten und Systeme. Das Compliance-Komitee ist ein beratendes Gremium für Compliance-relevante Themen, das an der Seite des Compliance-Verantwortlichen steht. Es setzt sich aus den Leitern besonders Compliance-relevanter Bereiche und aus Leitern von verbundweit tätigen Abteilungen zusammen. Als Compliance-Beauftragte sind alle Führungskräfte der ersten Ebene unterhalb des Vorstands sowie die Kundendienstcenter-, Regionaldirektions-, Filialdirektions- und Maklerdirektions-Leiter bestellt.

Durch die entsprechende Organisationsstruktur wird sichergestellt, dass die Compliance-relevanten Anforderungen als integraler Bestandteil in jeder Organisationseinheit verankert und der Verantwortung der jeweiligen Führungskraft zugeordnet sind. Die Compliance-Beauftragten berichten halbjährlich sowie bei Bedarf ad hoc an den Compliance-Verantwortlichen.

Die Compliance-Funktion berät den Vorstand in Bezug auf rechtliche Entwicklungen, gesetzliche Anforderungen und hinsichtlich aller Maßnahmen, die für ein Compliance-gerechtes Handeln erforderlich sind. Für situative Einzelentscheidungen stehen auch die Compliance-Beauftragten beratend zur Verfügung.

Der Verhaltenskodex des Continentale Versicherungsverbundes gibt den Mitarbeitern Regelungen für eventuell auftretende Compliance-relevante Situationen vor.

B.5 Funktion der Internen Revision

Die Schlüsselfunktion Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Gesellschaft bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Angemessenheit und Effektivität des installierten Internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems sowie der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und zu deren Verbesserung beiträgt. Die für die Interne Revision verantwortliche Person ist der Leiter der Revision. Sie wird bei der Ausführung ihrer Aufgaben durch die Mitarbeiter der Revision unterstützt.

Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben unabhängig und unparteiisch wahr. Sie unterliegt bei der Prüfungsplanung, Wertung der Prüfungsergebnisse und Berichterstattung keinen unangemessenen Einflüssen.

Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision jederzeit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht bezüglich aller durchgeführten beziehungsweise durchzuführenden Aktivitäten, vorhandener Prozesse und Systeme. Ihr werden hierzu alle erforderlichen Auskünfte und Einblicke in die Geschäftsvorfälle, Arbeitsvorgänge und sonstige Unterlagen gewährt. Darüber hinaus hat die Interne Revision Zutritt zu sämtlichen Geschäftsräumen.

Die Leiter aller Organisationseinheiten unterrichten die für die Interne Revision verantwortliche Person unverzüglich über alle für die Revisionstätigkeit wesentlichen Vorgänge.

Die Interne Revision erstellt einen Mehrjahresplan, der das gesamte Governance-System umfasst und jährlich fortgeschrieben wird. Die Auswahl und anschließende Priorisierung der zu prüfenden Bereiche und Themen erfolgt systematisch nach einem risikoorientierten Ansatz. Bereits bei der Planung wird berücksichtigt, dass die beteiligten Prüfer keine Interessenskonflikte mit dem zu prüfenden Bereich haben.

Im Rahmen ihres Prüfungsauftrages führt die Interne Revision zur Feststellung des Ist-Zustandes formelle und materielle Prüfungshandlungen in Form von Verfahrens-/ Systemprüfungen oder Einzelfallprüfungen durch. Die Prüfung erfolgt bezüglich der

Einhaltung der geltenden Vorschriften und Anweisungen hinsichtlich der Kriterien Ordnungsmäßigkeit, Angemessenheit, Wirksamkeit und Sicherheit. Auf Basis der Prüfung erfolgt eine systematische und zielgerichtete Bewertung der Effektivität von Risikomanagement, internen Kontrollen, Führungs- und Überwachungsprozessen. Die Interne Revision kann für die Erfüllung ihrer Aufgaben externes Know-how zu einzelnen Prüfungen hinzuziehen.

Über das Ergebnis jeder durchgeführten Prüfung wird zeitnah ein Revisionsbericht abgefasst und mit dem Leiter des geprüften Bereiches fachlich abgestimmt. Die Interne Revision gibt schriftliche Empfehlungen zur Beseitigung von Mängeln, Vermeidung von Fehlern und Verbesserung der Organisation Abläufe an die geprüfte Fachabteilung. Der Bericht wird dem Vorstand vorgelegt. In einer Vorstandssitzung wird über die Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen und Empfehlungen entschieden.

Die Interne Revision überwacht darüber hinaus die Umsetzung der Empfehlungen aus den Revisionsberichten. Für eine nicht fristgemäße Erledigung ist ein Eskalationsverfahren mit dem Vorstand installiert.

Im Rahmen des Jahresberichtes der Internen Revision werden der Vorstand sowie die weiteren Schlüsselfunktionen über die Aktivitäten im abgelaufenen Geschäftsjahr und insbesondere über den Umsetzungsstand der vereinbarten Maßnahmen unterrichtet.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die verantwortliche Person für die Schlüsselfunktion Versicherungsmathematische Funktion ist der Leiter der Organisationseinheit Aktuariat. Er wird bei der Ausführung seiner Aufgaben durch ausgewählte Mitarbeiter der Fachabteilung unterstützt.

Der Verantwortliche Aktuar und die Versicherungsmathematische Funktion sind personell getrennt, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden. Die Versicherungsmathematische Funktion verfügt im Hinblick auf ihren Aufgabenbereich über ein uneingeschränktes Auskunfts- und Informationsrecht für die relevanten zu prüfenden Sachverhalte.

Die Versicherungsmathematische Funktion beurteilt, ob die Zeichnungs- und Rückversicherungspolitik konsistent zur Risikostrategie der Gesellschaft ist.

Die bei der Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Eingabedaten, die Modelle und die Berechnungsergebnisse werden der Versicherungsmathematischen Funktion zur Verfügung gestellt. Anschließend prüft sie, ob die verwendeten Methoden im Hinblick auf die Anforderungen an die Versicherungstechnischen Rückstellungen geeignet sind. Die bei der Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen getroffenen Annahmen werden auf ihre Angemessenheit geprüft.

Im Zuge der Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen werden die verwendeten internen sowie externen Daten hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Aktualität durch die Versicherungsmathematische Funktion überprüft. Falls für die Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen geeignete Näherungswerte für Daten verwendet werden müssen, wird diese Berechnung durch die Versicherungsmathematische Funktion überwacht.

Die Auswirkungen erheblicher Änderungen in den verwendeten Daten, Methoden oder Annahmen auf die Höhe der Versicherungstechnischen Rückstellungen zwischen Bewertungsstichtagen werden von der Versicherungsmathematischen Funktion bewertet.

Die Versicherungsmathematische Funktion führt eine Veränderungsanalyse der Versicherungstechnischen Rückstellungen durch und erläutert gegebenenfalls materielle Veränderungen. Die Ursachen von Veränderungen und Unterschieden werden hierbei aufgeschlüsselt dargestellt und beurteilt.

Es besteht eine direkte Berichtslinie an den Vorstand. Neben dieser direkten Berichtslinie erstellt die Versicherungsmathematische Funktion jährlich einen Bericht, der im Wesentlichen die Ergebnisse der Durchführung der zuvor genannten Aufgaben darstellt. Darüber hinaus enthält die jährliche Berichterstattung eine zusammenfassende Stellungnahme zur Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Rückversicherungspolitik der Gesellschaft.

Bei wesentlichen Mängeln oder bei konkreten Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit den Versicherungstechnischen Rückstellungen berichtet die Versicherungsmathematische Funktion ad hoc an den Vorstand.

B.7 Outsourcing

Innerhalb des Continentale Versicherungsverbundes werden im Sinne einer verbesserten Wirtschaftlichkeit die Aufgaben der Unternehmen teilweise auf andere Verbundunternehmen ausgelagert. Durch die Auslagerung werden Spezialisierungs- und Synergieeffekte genutzt. Schwerpunktmäßig werden zentrale Dienstleistungen von der Obergesellschaft des Verbundes, der Continentale Krankenversicherung a.G., erbracht. Die Kapitalanlagen aller Verbundgesellschaften werden – mit Ausnahme der Immobilienanlage und alternativer Investments – von der Continentale Lebensversicherung AG verwaltet.

Eine wirksame Kontrolle über die ordnungsgemäße Erledigung aller verbundintern ausgelagerten Aufgaben wird durch vollständigen Anteilsbesitz an allen Verbundunternehmen und durch weitgehende Personalidentität in den Leitungsorganen sichergestellt. Die genauen Vorgaben zur Arbeitsteilung sind in einem Organisationsabkommen sowie im Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag geregelt.

Der spezifischen Ausgliederungs-Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde unterliegen alle versicherungstypischen Funktionen oder Tätigkeiten, die die Gesellschaft ausgliedert. Diese werden anhand der Vorgaben der internen Richtlinie Outsourcing in die Klassen aufsichtsrechtlich relevant oder wichtig eingestuft und entsprechend verwaltet. Für diesen Bericht ist nur die Darstellung der wichtigen Ausgliederungen zum Stichtag relevant.

Nachfolgend sind die im Sinne von Solvency II wichtigen, an verbundinterne Dienstleister vorgenommenen, Ausgliederungen aufgelistet.

Rechtsraum, in dem der Dienstleister ansässig ist	Ausgegliederte Tätigkeit
Deutschland	Durchführung von Finanz- und Kapitalanlagen, Durchführung und Gestaltung der Finanzdisposition und Verwaltung der Vermögensanlagen sowie Führung des Sicherungsvermögens
Deutschland	Kapitalanlagencontrolling
Deutschland	Entwicklung, Beschaffung und Betrieb informations-technologischer Verfahren
Deutschland	Rechnungswesen
Deutschland	Berechnung und Abwicklung der Pensionsrückstellungen
Deutschland	Erbringung von aktuariellen Dienstleistungen
Deutschland	Recht und Kommunikation
Deutschland	Wahrnehmung der Schlüsselfunktionen Compliance, Interne Revision sowie Risikomanagementfunktion
Deutschland	Wahrnehmung der Schlüsselfunktion Versicherungsmathematische Funktion

Tabelle 3: Wichtige Ausgliederungen an verbundinterne Dienstleister

Die Aufgaben der Schlüsselfunktionen Compliance, Interne Revision sowie Risikomanagementfunktion werden von der Continentale Krankenversicherung a.G. wahrgenommen, die Aufgaben der Versicherungsmathematischen Funktion werden von einem Mitarbeiter im Aktuariat der Mannheimer Versicherung AG ausgeführt.

B.8 Sonstige Angaben

Es gibt keine weiteren wesentlichen Informationen zum Governance-System der Gesellschaft.

C. Risikoprofil

Das Risikoprofil der Gesellschaft ist die Gesamtheit aller Risiken, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Durch den strukturierten Risikoinventurprozess werden die relevanten Risiken der Gesellschaft in den Organisationseinheiten systematisch und konsistent identifiziert und beurteilt (siehe B.3).

Die Risikosensitivität bezüglich aller wesentlichen Risiken wird im Risikomanagementprozess umfassend analysiert. Quantifizierbare Risiken werden grundsätzlich anhand der Standardformel bewertet (siehe E.2). Hierbei handelt es sich um ein regulatorisch vorgegebenes und allgemein gültiges Modell zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderung, das standardisiert definierte Risiken erfasst, quantifiziert und zu

einer aggregierten Größe verdichtet. Im Rahmen des ORSA-Prozesses (siehe B.3) wurden keine wesentlichen Abweichungen des Risikoprofils der Gesellschaft von den Annahmen, die der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung mit der Standardformel zugrunde liegen, festgestellt. Außerdem erfolgte eine eigenständige Bewertung des Solvabilitätsbedarfs unter Berücksichtigung des spezifischen Risikoprofils. Nicht in der Standardformel berücksichtigte Risiken werden dabei entweder bereits bei der Bewertung anderer Risiken berücksichtigt oder qualitativ bewertet.

Die Risiken der Gesellschaft werden anhand der regulatorisch vorgegebenen Risikokategorien in den Abschnitten C.1 bis C.6 näher erläutert. Sie liegen neben den unternehmensüblichen wirtschaftlichen Risiken (C.6) insbesondere im versicherungstechnischen Risiko (C.1), im Marktrisiko (C.2) und Kreditrisiko (C.3), im Liquiditätsrisiko (C.4) sowie im operationellen Risiko (C.5).

Im Hinblick auf die Anwendung der Standardformel ist darauf hinzuweisen, dass es zwischen dieser Zuordnung von Risiken zu den Risikokategorien und der Gruppierung der Risiken in der Standardformel (siehe E.2) Unterschiede in der Systematik gibt. In der Standardformel sind dem Marktrisikomodul (C.2) die Untermodule Zinsrisiko, Aktienrisiko, Immobilienrisiko, Spreadrisiko, Marktrisikokonzentrationen sowie Wechselkursrisiko zugeordnet. Ein separates Kreditrisikomodul (C.3) gibt es nicht. Das Kreditrisiko beinhaltet per Definition das Spreadrisiko, Marktrisikokonzentrationen sowie das Gegenparteausfallrisikomodul. Dementsprechend wird in Kapitel C.2 nur über die Untermodule Zinsrisiko, Aktienrisiko, Immobilienrisiko sowie Wechselkursrisiko berichtet und in Kapitel C.3 wird die Bedeutung des Spreadrisikos, der Marktrisikokonzentrationen sowie des Gegenparteausfallrisikos dargelegt.

Für alle Risikokategorien werden auch die Risikominderungstechniken- und Risikosteuerungsmaßnahmen beschrieben. Die dauerhafte Wirksamkeit dieser Risikominderungstechniken- und Risikosteuerungsmaßnahmen wird über die regelmäßige Aktualisierung der in internen Richtlinien festgelegten Grundsätze zur Überwachung der Risikominderungstechniken- und Risikosteuerungsmaßnahmen gewährleistet.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Die Gesellschaft deckt das aus der ehemaligen Mannheimer AG Holding übernommene Rückversicherungsgeschäft zu einem geringen Teil bei konzernfremden Rückversicherern ein. Der verbleibende Rest ist an die Mannheimer Versicherung AG retrozediert, so dass insgesamt 100 % des Versicherungsgeschäftes abgegeben werden und netto kein versicherungstechnisches Risiko besteht. Es wird eine Ablösung des Geschäftes oder eine Übertragung auf die Mannheimer Versicherung AG angestrebt.

C.2 Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe und in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Relevant ist in dieser Risikokategorie für die Gesellschaft das Aktienrisiko, darüber hinaus

bestehen Exponierungen in den Bereichen Zins-, Wechselkurs- sowie Immobilienrisiko. Das Marktrisiko zählt zu den für die Gesellschaft wesentlichen Risiken. Nach der Standardformel wird das Risiko mit 565.658 Tsd. Euro bewertet (vor Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den einbezogenen Untermodulen).

Die Kapitalanlage der Gesellschaft setzt sich im Wesentlichen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen (ca. 93 %) und aus Unternehmensanleihen (ca. 5 %) zusammen. Die restliche Kapitalanlage der Gesellschaft besteht aus Organismen für gemeinsame Anlagen, nicht notierten Aktien sowie Staatsanleihen.

Das Aktienrisiko ergibt sich aus Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Auf Basis der Solvency-II-Rechtsgrundlagen wird zwischen zwei Typen von Aktien unterschieden. Typ-1-Aktien sind Aktien, die an geregelten Märkten in Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) notiert sind. Typ-2-Aktien sind Aktien, die an Börsen in anderen Ländern als den EWR- oder OECD-Mitgliedstaaten notiert sind, nicht börsennotierte Aktien und andere alternative Kapitalanlagen.

Da die Gesellschaft ausschließlich in Typ-2-Aktien investiert ist, sind für die Gesellschaft nur die Risiken, die aus Typ-2-Aktien resultieren, relevant. Hinter den Typ-2-Aktien verbergen sich im Wesentlichen die Beteiligungen der Gesellschaft an den unter A.1 dargestellten Verbundunternehmen.

Aufgrund der Abhängigkeit der Beteiligungserträge von den Geschäftsentwicklungen und den damit einhergehenden möglichen Dividendenausschüttungen der Verbundunternehmen unterliegen diese einem erhöhten Schwankungsrisiko. Aus diesen möglichen Schwankungen resultiert für die Gesellschaft ein wesentliches Risiko.

Darüber hinaus bestehen Exponierungen gegenüber einem Absinken des Zinsniveaus, Veränderungen der Wechselkurse (Wechselkursrisiko) sowie Veränderungen der Marktpreise von Immobilien in Immobilien-Investmentfonds (Immobilienrisiko). Diese sind für die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung. Eine angemessene Begrenzung des Immobilienrisikos wird durch hohe Diversifikation auf Ebene der Investmentfonds und der Fondsselektion sichergestellt. Das Wechselkursrisiko in Investmentfonds wird grundsätzlich durch geeignete Absicherungsmaßnahmen in Form von Devisentermingeschäften und Devisenfutures wirksam begrenzt.

Grundsätzlich wird eine risikobewusste Anlagestrategie verfolgt, die gemäß dem Kapitalanlagenleitsatz „Sicherheit mit Rendite“ eine Abwägung zwischen Renditechance und damit verbundenem Risiko vornimmt. Dabei wird die Risikoneigung der Gesellschaft in jährlich vom Vorstand zu verabschiedenden Risikobudgets zum Ausdruck gebracht und die Vermögenswerte der Gesellschaft werden stets im Einklang mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht (§ 124 VAG) angelegt. Erscheint ein Risiko hierbei als zu hoch oder als nur schwer kalkulierbar, wird im Sinne des Leitsatzes auf dieses Investment verzichtet. Für Investitionen in für die Gesellschaft neuartige Vermögenswerte bedarf es eines gesonderten Beschlusses durch Vorstand und Aufsichtsrat. Hierzu werden die Chancen und Risiken sowie die handelsrechtliche, steuerrechtliche und aufsichtsrechtliche Behandlung neuartiger Vermögenswerte im Rahmen eines Neue-Produkte-Prozesses analysiert. Im Übrigen erfolgt die Kapitalanlage nach einem strukturierten und transparenten

Anlageprozess insbesondere unter Beachtung eines definierten Anlagekatalogs sowie festgelegter Anlagegrenzen. Dies gewährleistet eine angemessene Mischung und Streuung der Vermögenswerte, die Sicherstellung einer angemessenen Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Anlageportfolios sowie eine Erfüllung der weiteren gesetzlichen Anforderungen des § 124 VAG.

Zur Überprüfung, dass auch im Falle negativer Kapitalmarktentwicklungen stets eine ausreichende Bedeckung gegeben ist, werden regelmäßige interne Stresstests berechnet, die die Auswirkungen widriger Kapitalmarktentwicklungen auf den Kapitalanlagebestand und die Bedeckung der versicherungstechnischen Passiva simulieren. Dabei werden verschiedene Anlageklassen mit einer Veränderung der wichtigsten und für den Bestand relevanten Marktparameter wie Zinsen, Aktienkurse und Immobilienpreise einem Stressszenario unterworfen. In allen untersuchten Szenarien ist eine ausreichende Bedeckung der versicherungstechnischen Verpflichtungen gewährleistet.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, das sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergibt, gegenüber denen die Versicherungsunternehmen Forderungen haben, und das in Form von Gegenparteiausfallrisiken oder Spreadrisiken auftritt.

Gegenparteiausfallrisiken bestehen in der Kapitalanlage sowie gegenüber Rückversicherern. Das Gegenparteiausfallrisiko zählt nicht zu den für die Gesellschaft wesentlichen Risiken; nach der Standardformel wird das Risiko mit 2.334 Tsd. Euro bewertet (siehe E.2).

Zur Begrenzung des Gegenparteiausfallrisikos kommen verschiedene, sich einander ergänzende Maßnahmen zum Einsatz. So wird grundsätzlich eine möglichst breite Mischung und Streuung der Schuldner beziehungsweise Gegenparteien verfolgt. Sämtliche Gegenparteien müssen bei Anlagen klare Mindestanforderungen an die Bonität erfüllen. So werden im Rahmen einer umfangreichen, internen Bonitätsanalyse geeignete Banken für Geldanlagen ausgewählt. Für jede Gegenpartei werden interne Limite vergeben, die nicht überschritten werden dürfen. Um das Gegenparteiausfallrisiko aktiv zu begrenzen, werden bei Bonitätsverschlechterungen Positionen reduziert.

Das Spreadrisiko bezeichnet die Sensitivität des Wertes von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder Volatilität der Kreditspreads gegenüber der risikofreien Zinskurve. Es besteht für alle Vermögenswerte, deren Marktwerte auf eine Änderung von bonitätsbedingten Risikozuschlägen (Kreditspreads) gegenüber der risikofreien Zinskurve reagieren. Es nimmt für die Gesellschaft eine untergeordnete Rolle ein.

Zur Risikominderung sind für die Kapitalanlage Mindestanforderungen an die Bonitätseinstufung festgelegt. Deren Einhaltung sowie die Entwicklung der Bonitätseinstufung werden laufend überwacht; bei Bonitätsverschlechterungen werden Positionen reduziert. Hinsichtlich der Bonitätseinstufung wird darauf geachtet, dass der weit überwiegende Teil der Investitionen im Investmentgrade-Bereich liegt oder in Titeln, die mit

entsprechenden Sicherungseinrichtungen beziehungsweise Deckungsmassen hinterlegt sind.

Im Gegensatz zur aufsichtsrechtlichen Behandlung von Zentralstaaten, Zentralbanken und internationalen Organisationen betrachtet die Gesellschaft diese nicht per se als risikolos. Da auch diesen Emittenten ein Kreditrisiko inhärent ist, berücksichtigt die Gesellschaft im Rahmen Ihrer Gesamtsolvabilitätsberechnung eine zusätzliche Kapitalanforderung, die diese Risiken im Sinne eines Stresstests abdecken soll.

Insbesondere besteht eine Exponierung gegenüber Banken. Hiervon ist jedoch ein bedeutender Teil in Pfandbriefen mit besonderer Deckungsmasse und in Namensschuldverschreibungen beziehungsweise Schuldscheindarlehen angelegt, die einer umfassenden Einlagensicherung unterliegen. Anleihen hoch verschuldeter Staaten aus dem Euro-Raum sind zum Stichtag nicht im Bestand. Marktrisikokonzentrationen liegen bei der Gesellschaft nicht vor. Wesentliche Risikokonzentrationen bestehen im Bereich des Kreditrisikos nicht.

C.4 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass die Gesellschaft nicht in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Um die Liquiditätsrisiken zu begrenzen, investiert die Gesellschaft überwiegend in marktgängige Kapitalanlagen an hinreichend liquiden Märkten. Außerdem wird im Rahmen einer detaillierten vorausschauenden Planung der Liquiditätsbedarf für verschiedene Fristen ermittelt und auf dieser Basis die Realisierbarkeit sichergestellt.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Deckung kurzfristiger Liquiditätsbedarfe in eine konzernweite Liquiditätssteuerung eingebunden. Für die Gesellschaft nimmt das Liquiditätsrisiko aufgrund der angeführten Maßnahmen eine untergeordnete Rolle ein.

Da sich der Versicherungsbestand in Abwicklung befindet und kein Neugeschäft mehr gezeichnet wird, hat die Gesellschaft keinen erwarteten Gewinn bei künftigen Prämien einkalkuliert (EPIFP).

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Bei der Gesellschaft besteht das operationelle Risiko aufgrund der Organisationsstruktur ausschließlich in einem Ausfall eines verbundinternen Dienstleisters beziehungsweise entspricht dem operationellen Risiko des jeweiligen verbundinternen Dienstleisters in Bezug auf die ausgeführte Tätigkeit.

Wesentliche Aspekte des operationellen Risikos hängen mit der technischen Infrastruktur, dem Personal, den rechtlichen Rahmenbedingungen und den geschäftsspezifischen Prozessen zusammen. Hinsichtlich der technischen Infrastruktur können sich Risiken beispielsweise durch Systemausfälle beziehungsweise den Verlust oder Missbrauch von

Daten realisieren. Die Datenbestände werden gegen unbefugte Zugriffe durch Firewalls geschützt. Umfassende Zugangsregelungen und Schutzmaßnahmen gewährleisten die Sicherheit der Datenverarbeitungssysteme. Zudem sind die Daten und Rechner auf unterschiedliche Standorte ausgelagert. Hinsichtlich des Personals können beispielsweise der Ausfall oder Verlust von Mitarbeitern genannt werden. Diesen Risiken wird insbesondere durch eine zielgerichtete Personalpolitik sowie durch einen fairen und respektvollen Umgang im Unternehmen effektiv begegnet. Rechtsrisiken werden insbesondere durch die Compliance-Funktion (siehe B.4) wirksam begrenzt.

Das operationelle Risiko nimmt insgesamt für die Gesellschaft eine untergeordnete Rolle ein. Nach der Standardformel wird das Risiko mit 59 Tsd. Euro bewertet (siehe E.2). Insgesamt ist davon auszugehen, dass die operationellen Risiken durch die risikomindernden Maßnahmen der Gesellschaft beziehungsweise der verbundinternen Dienstleister ausreichend begrenzt werden.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Zu den weiteren Risiken zählen das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Das strategische Risiko bezeichnet die Gefahr einer nachteiligen Entwicklung der Gesellschaft, die sich aus getroffenen oder aber auch unterlassenen strategischen geschäftspolitischen Entscheidungen ergibt. Durch die angestrebte Funktion der Gesellschaft als reine Finanzholding bestehen derartige Risiken nicht. Das strategische Risiko ist für die Gesellschaft nicht relevant.

Das Reputationsrisiko bezeichnet das Risiko, dass aufgrund einer möglichen Beschädigung des Unternehmensrufs Verluste eintreten. Das Reputationsrisiko wird durch eine Vielzahl von Maßnahmen begrenzt. Zur Risikominimierung tragen das Unternehmensleitbild und die gesamte Organisationsstruktur bei den dienstleistenden Verbundunternehmen bei. Insbesondere das vorhandene Interne Kontrollsystem, die Interne Revision, die Compliance-Funktion, Datenschutz, Beschwerdemanagement, Serviceleitsätze und Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter stellen eine angemessene Risikominderung sicher. Daher nimmt das Reputationsrisiko für die Gesellschaft eine untergeordnete Rolle ein.

C.7 Sonstige Angaben

Für die Gesellschaft bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Luftpool. Die Gesellschaft hat hier eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Poolmitglieder zahlungsunfähig wird.

Die IMD Gesellschaft für Informatik und Datenverarbeitung mbH und die UNIQA Software-Service GmbH, Wien / Österreich, haben einen Vertrag über die Bereitstellung von IT-Leistungen abgeschlossen. Dieser Vertrag wurde mit Wirkung zum 30. Juni 2012 von der zur UNIQA Gruppe gehörenden UNIQA Software-Service GmbH auf die Raiffeisen Informatik GmbH, Wien/Österreich, mit allen Rechten und Pflichten übertragen. Die Gesellschaft stand dafür ein, dass die IMD Gesellschaft für Informatik und Datenverarbeitung mbH ihre sich aus diesem Vertrag mit der Raiffeisen Informatik GmbH ergebende Verpflichtung erfüllt. Der Vertrag wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2016 beendet.

Die Gesellschaft hat zugunsten der verscon GmbH Versicherungs- und Finanzmakler Patronatserklärungen gegenüber Versicherungsunternehmen abgegeben, um die diskontierte Auszahlung von Courtagen zu ermöglichen. Darüber hinaus besteht eine Patronatserklärung zugunsten der Vereinigte Schiffs-Versicherung V.a.G. für die Verpflichtungen der Mannheimer Versicherung AG. Im Falle einer Insolvenz der Mannheimer Versicherung AG übernimmt die Gesellschaft die Verpflichtungen der Mannheimer Versicherung AG. Aus den bestehenden Vertragsbeziehungen mit der Protektor Lebensversicherungs-AG können sich künftige Belastungen ergeben.

Insgesamt nehmen die sonstigen finanziellen Verpflichtungen für die Gesellschaft eine untergeordnete Rolle ein. Risikoübertragungen auf Zweckgesellschaften sind nicht existent.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

Die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten für Solvabilitätszwecke basiert auf einem ökonomischen Bewertungsansatz. Danach sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit dem Betrag zu bewerten, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht, übertragen oder beglichen werden könnten. Zu diesem Zweck wurde für Solvency II ein eigenständiges Bewertungskonzept entwickelt, das sich wesentlich von bekannten Bewertungskonzepten wie der handelsrechtlichen Bewertung (HGB) unterscheidet. Auf diesem Bewertungskonzept beruht die Solvabilitätsübersicht als eine spezielle Art einer Marktwertbilanz.

Zur Aufstellung der Solvabilitätsübersicht ist deshalb eine Umbewertung von nach HGB bewerteten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten erforderlich. Der Solvency-II-Wert wird dabei grundsätzlich auf Basis einer dreistufigen Bewertungshierarchie ermittelt:

Ebene 1: Verwendung von auf aktiven Märkten notierten Marktpreisen für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten

Ebene 2: Sofern die Verwendung notierter Marktpreise für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten nicht möglich ist: Verwendung von auf aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notierten Marktpreisen unter Berücksichtigung der Unterschiede des Bewertungsobjektes

Ebene 3: Sofern die Verwendung notierter Marktpreise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten nicht möglich ist: Anwendung alternativer Bewertungsmethoden auf Basis geeigneter Inputfaktoren und Bewertungstechniken (siehe D.4).

In Ergänzung dieser allgemeinen Bewertungshierarchie gibt es für einzelne Positionen der Solvabilitätsübersicht spezifische Anforderungen oder Vereinfachungsmöglichkeiten. Insbesondere kann die Übernahme handelsrechtlicher Werte für Solvabilitätszwecke in Betracht kommen, wenn dies regulatorisch anerkannt ist oder eine entsprechende Vereinfachung nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angemessen ist (ebenfalls Ebene 3).

Die verwendeten Bewertungsansätze werden im Zusammenhang mit den jeweiligen Positionen der Solvabilitätsübersicht genannt. Im weiteren Verlauf werden nur die für die Gesellschaft relevanten Positionen der Solvabilitätsübersicht erläutert.

D.1 Vermögenswerte

Übersicht über die Vermögenswerte			
<i>in Tsd. €</i>	<i>Solvency-II-Wert</i>	<i>Bewertung nach HGB</i>	<i>Δ SII vs. HGB</i>
Latente Steueransprüche	4.783	-	4.783
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	364	364	0
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	2.667.542	421.940	2.245.602
<i>Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen</i>	2.559.150	319.922	2.239.228
<i>Aktien – nicht notiert</i>	7.895	6.669	1.226
<i>Staatsanleihen</i>	2.432	2.514	-82
<i>Unternehmensanleihen</i>	80.202	75.266	4.936
<i>Organismen für gemeinsame Anlagen</i>	17.863	17.569	294
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	2.444	11.640	-9.196
Depotforderungen	6.482	6.482	0
Forderungen gegenüber Rückversicherern	169	169	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	44.446	44.446	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	22	22	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	3	3	0

Tabelle 4: Übersicht über die Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Aufgrund der Neubewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten für die Solvabilitätsübersicht entstehen Bewertungsunterschiede zur Bewertung in der Steuerbilanz. Hierfür sind latente Steueransprüche und latente Steuerschulden in der Solvabilitätsübersicht anzusetzen. Steuerliche Verlustvorträge, welche bei den latenten Steueransprüchen gegebenenfalls zu berücksichtigen wären, bestehen bei der Gesellschaft derzeit nicht. Weitere Details werden in Abschnitt D.3 (Latente Steuerschulden) beschrieben.

Bei der Ermittlung latenter Steuern werden Annahmen über die zeitliche Umkehrung der Differenzen zwischen unterschiedlichen Wertansätzen sowie Annahmen über den erwarteten Steuersatz getroffen. Daher erfolgt die Berechnung der Steuerabgrenzung mit dem zum

Zeitpunkt der Auflösung wahrscheinlich gültigen Steuersatz. Für die Berechnung der aktiven latenten Steuern sind als Steuersätze angesetzt:

- Beteiligungen und Aktien: 1,6 %
- Übrige Positionen: 33 %

Der wesentliche Treiber für das Entstehen aktiver Steuerlatenzen ist der Differenzbetrag bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen. Der sich rechnerisch ergebende Betrag eines Überhangs von aktiven Steuerlatenzen wurde auf den Wert der Residualgröße der passiven Steuerlatenzen begrenzt.

Eine zu den latenten Steueransprüchen vergleichbare Position in der HGB-Bilanz existiert nicht, sodass sich ein Bewertungsunterschied in Höhe des Solvency-II-Wertes ergibt.

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Die Überschüsse bei den Altersversorgungsleistungen korrespondieren mit dem Passivposten Rentenzahlungsverpflichtungen.

Der Solvency II-Wert des Planvermögens entspricht dabei dem statuarischen Wert des Aktivwertes, da die Bewertung auch nach HGB zum beizulegenden Zeitwert erfolgt. In der HGB-Bilanz wird in dieser Position das Planvermögen mit den Verbindlichkeiten saldiert ausgewiesen; in der Solvabilitätsübersicht wird diese Saldierung nicht vorgenommen. Die Verbindlichkeiten werden daher unter den Rentenzahlungsverpflichtungen auf der Passivseite gezeigt. Auf den Bewertungsunterschied der Verpflichtung wird näher in Kapitel D.3 im Abschnitt Rentenzahlungsverpflichtungen eingegangen.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen an Unternehmen, an denen die Gesellschaft mindestens 20 % der Anteile hält. Hierzu zählen auch Investmentfonds, an welchen die Gesellschaft direkt oder über Kapitalverwaltungsgesellschaften mindestens 20 % der Anteile hält.

Die Beteiligungen, bei denen es sich um Versicherungsunternehmen handelt, werden mit der Adjusted-Equity-Methode bewertet. Hierzu werden Beteiligungen an verbundenen Unternehmen anhand des Anteils bewertet, den die Gesellschaft am Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten des verbundenen Unternehmens hält.

Beteiligungen an Investmentfonds werden entsprechend der für Organismen für gemeinsame Anlagen geltenden Bestimmungen bewertet (siehe Position Organismen für gemeinsame Anlagen).

Der Solvency-II-Wert wird für die übrigen Beteiligungen anhand des Ertragswertverfahrens bestimmt (siehe D.4). Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Abzug außerplanmäßiger Abschreibungen gemäß § 253 Absatz 3 HGB.

Aktien – nicht notiert

Die nicht notierten Aktien beinhalten Unternehmensbeteiligungen, an denen die Gesellschaft weniger als 20 % der Anteile hält, jedoch ohne Anteile an verbundenen Unternehmen.

Der Solvency-II-Wert wird bei einer Beteiligung an einer Immobiliengesellschaft anhand der Adjusted-Equity-Methode sowie bei den übrigen nicht notierten Aktien anhand des Ertragswertverfahrens ermittelt (siehe D.4). Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 341b Absatz 2 HGB. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip, sodass Abschreibungen nur im Falle dauerhafter Wertminderungen vorzunehmen sind.

Staats- und Unternehmensanleihen

Bei Staatsanleihen handelt es sich um Anleihen, die von öffentlich-rechtlichen Schuldnern ausgegeben werden; bei Unternehmensanleihen um Anleihen, die von eigenständigen Gesellschaften ausgegeben werden.

Der Solvency-II-Wert entspricht bei börsennotierten Anleihen, die an einem aktiven Markt gehandelt werden, dem Marktwert (Börsenkurs). Bei nicht börsennotierten Anleihen wird der Solvency-II-Wert nach der Discounted Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung laufzeit- und emittentenabhängiger Risikozuschläge ermittelt (siehe D.4). Der Bestand an Staats- und Unternehmensanleihen beinhaltet zudem einfach strukturierte Produkte, bei denen eine festverzinsliche Anleihe ein einmaliges Kündigungsrecht des Emittenten enthält. Der optionale Anteil (Callrecht) wird mit Hilfe eines Optionspreismodells bei Verwendung aktueller Marktdaten (Zins, Volatilitäten) bewertet.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 341b Absatz 2 HGB. Die Bewertung folgt dem gemilderten Niederstwertprinzip, sodass Abschreibungen nur im Falle dauerhafter Wertminderungen vorzunehmen sind.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Die Organismen für gemeinsame Anlagen beinhalten Investmentfonds sowie Beteiligungen an Kapitalverwaltungsgesellschaften, die Zielinvestitionen in Investmentfonds vornehmen, sofern die Gesellschaft an diesen weniger als 20 % der Anteile hält.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 341b Absatz 2 HGB. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip, sodass Abschreibungen nur im Falle dauerhafter Wertminderungen vorzunehmen sind.

Der Solvency-II-Wert entspricht dem Marktwert (Börsenkurs, von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelter Rücknahmepreis oder Nettovermögenswert).

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Übersicht über die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen			
<i>in Tsd. €</i>	<i>Solvency-II-Wert</i>	<i>Bewertung nach HGB</i>	Δ <i>SII vs. HGB</i>
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	2.444	11.640	-9.196
<i>Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung</i>	316	1.847	-1.531
<i>See-, Luftfahrt- und Transportversicherung</i>	1.030	1.163	-133
<i>Feuer- und andere Sachversicherungen</i>	30	169	-139
<i>Allgemeine Haftpflichtversicherung</i>	162	1.319	-1.157
<i>Nichtproportionale Unfallrückversicherung</i>	306	0	306
<i>Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transport-rückversicherung</i>	4	0	4
<i>Nichtproportionale Sachrückversicherung</i>	36	14	22
<i>Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)</i>	0	702	-702
<i>Lebensrückversicherung</i>	560	6.425	-5.865

Tabelle 5: Übersicht über die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen beinhalten den Wert der Zahlungsströme zwischen der Gesellschaft und Rückversicherern, die sich aus der Abgabe von Risiken mittels Rückversicherung ergeben. Die Bewertung erfolgt gemeinsam mit den Versicherungstechnischen Rückstellungen im selben Bewertungsmodell (siehe D.2, Abschnitt Bester Schätzwert), wobei das Ausfallrisiko des Rückversicherers berücksichtigt wird.

In der HGB-Bilanz werden die Anteile der Rückversicherer bei den Versicherungstechnischen Rückstellungen in Abzug gebracht, während in der Solvabilitätsübersicht die Rückstellungen ohne einen entsprechenden Abzug ausgewiesen werden. Der zu den einforderbaren Beträgen korrespondierende HGB-Wert entspricht somit der Summe dieser Abzugsbeträge.

Der negative Unterschiedsbetrag zwischen dem Solvency-II-Wert und dem HGB-Wert resultiert aus der Erwartung, dass die Prämienzahlungen an den Rückversicherer dessen übernommene Leistungen übersteigen. Er entspricht den Kosten für die Risikoabsicherung. Im Gegenzug führt die Rückversicherung zu einer Reduktion der Solvenzkapitalanforderung.

Depotforderungen

Rückversicherungsdepots beinhalten Depotforderungen gegenüber Zedenten aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft. Der HGB-Wert entspricht dem Nennbetrag.

Als Solvency II-Wert wird vereinfachend der HGB-Wert übernommen, da der Wert der Rückversicherungsdepots im Verhältnis zu den Vermögenswerten insgesamt und zusätzlich auch das Kontrahentenrisiko als nicht wesentlich eingestuft werden.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Die Forderungen gegenüber Rückversicherern beinhalten Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft.

Es handelt sich hierbei ausschließlich um Forderungen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr. Sie werden unter Solvency II analog zur handelsrechtlichen Bewertung zum Nennbetrag angesetzt.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Die Forderungen (Handel, nicht Versicherung) beinhalten im Wesentlichen die fälligen Beträge aus Forderungen gegenüber Konzerngesellschaften, Geschäftspartnern sowie der öffentlichen Hand.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt grundsätzlich zum Nennbetrag. Da das Ausfallrisiko als nicht wesentlich angesehen wird, beinhalten diese Forderungen keine weitergehenden Abschläge für Forderungsausfälle. Als Solvency-II-Wert wird grundsätzlich der HGB-Wert übernommen, da es sich um Forderungen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr handelt.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten im Wesentlichen Barmittel und täglich fällige Guthaben bei Banken.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zum Nennbetrag. Der Solvency II Wert entspricht dem HGB-Wert.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Hierunter fallen alle Vermögenswerte, die nicht bereits an anderer Stelle in der Solvabilitätsübersicht angesetzt sind. Dies betrifft insbesondere aktive Rechnungsabgrenzungsposten.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt grundsätzlich zum Nennbetrag. Da es sich hierbei im Wesentlichen um kurzfristige Abgrenzungsposten handelt, wird als Solvency-II-Wert vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Als Finanzholding des Continentale Versicherungsverbundes, die Beteiligungen an den Gesellschaften des Verbundes hält, stellen die Versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft nur 0,09 % ihrer Passiva dar (2.455 Tsd. €). Dieser Betrag resultiert daraus,

dass die Gesellschaft aktuell noch in geringem Umfang in der Rückversicherung tätig ist. Aufgrund des kleinen Anteils der Versicherungstechnischen Rückstellungen an den Passiva wird keine detaillierte Aufteilung gezeigt.

Grundlagen der Bewertung

In der Solvabilitätsübersicht der Gesellschaft sind für sämtliche Versicherungsverpflichtungen gegenüber unseren Zedenten und Anspruchsberechtigten Versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese sind in Übereinstimmung mit den Solvency II Vorgaben auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise berechnet.

Der Wert der Versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem aktuellen Betrag, der im Falle einer unverzüglichen Übertragung der Versicherungsverpflichtungen auf ein anderes Versicherungsunternehmen zu zahlen wäre. Die Ermittlung dieses Werts erfolgt nach marktkonformen Prinzipien. Für den Bestand an klassischen Versicherungen sind die Versicherungstechnischen Rückstellungen auf Basis des besten Schätzwerts der Verpflichtungen (Best Estimate) zuzüglich einer Risikomarge berechnet. Eine Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellung insgesamt kommt nicht in Betracht, da bei Nichtlebensversicherungsverpflichtungen die besten Schätzwerte für die Prämien- und Schadenrückstellung getrennt zu berechnen sind.

Beste Schätzwert

Der Beste Schätzwert ist der erwartete Barwert aller zukünftigen Zahlungsströme bezüglich der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern. Die Abzinsung der Zahlungen erfolgt mit den laufzeitabhängigen Zinssätzen einer nach den Vorgaben der Aufsicht hergeleiteten risikolosen Zinsstrukturkurve. Dabei hat die Berechnung des besten Schätzwerts auf der Grundlage realistischer Ausscheideordnungen (2. Ordnung, das heißt ohne Sicherheitsspannen) zu erfolgen.

Im Beste Schätzwert nicht enthalten sind die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen (siehe D.1).

Methoden und Hauptannahmen

Je Geschäftsbereich werden, sofern relevant:

- Schadenrückstellung für bereits eingetretene Schäden,
- die Rentenverpflichtungen,
- die Versicherung mit Überschussbeteiligung sowie die
- Risikomarge ermittelt.

Die Tätigkeit der Gesellschaft in der Rückversicherung beschränkt sich aktuell auf die Abwicklung weniger vorhandener Bestände. Daher fällt insbesondere keine Prämienrückstellung an.

Unter Solvency II wird ein bester Schätzwert für Schadenrückstellungen über die Erfahrungen der Schadenabwicklungen aus der Vergangenheit abgeleitet. Zusätzlich kommt eine Risikomarge hinzu, welche unter HGB nicht bewertet wird.

Die unter HGB bewerteten Schwankungsrückstellungen werden unter Solvency II nicht gebildet.

Bewertung der Schadenrückstellung

Die Ermittlung des besten Schätzwertes (Brutto) folgt einem vorgegebenen und etablierten Prozess:

Die Ermittlung der undiskontierten besten Schätzung für die Schadenrückstellungen basiert ausschließlich auf internen Daten. Für die Diskontierung wird die extern vorgegebene risikofreie Zinskurve von der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung verwendet.

Nicht-Leben-Geschäft, welches nach Art der Lebensversicherung berechnet wird (anerkannte Rentenfällen aus dem Geschäftsbereich Rückversicherung zu sonstiger Lebensversicherung) wird als Leben-Geschäft ausgewiesen.

Bewertung der Rentenverpflichtungen

Der Beste Schätzwert für die Rentenverpflichtungen aus den Nichtlebensversicherungsverträgen muss gesondert von den übrigen Versicherungstechnischen Rückstellungen ermittelt werden. Dabei werden mathematische Methoden der Lebensversicherung verwendet. Im Gegensatz zu den Prämien- und Schadenrückstellungen werden die Zahlungsströme je anerkanntem Rentenfall projiziert.

Bei der Ermittlung werden Annahmen zur Kostenentwicklung und zur Sterblichkeit auf Basis der Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung verwendet.

Bewertung der Versicherung mit Überschussbeteiligung

Es liegt ein Vertrag in diesem Geschäftsbereich vor.

Die Retrozedentin hat eigene Projektionen für den Vertrag zur Verfügung gestellt, aus denen die zukünftigen Zahlungsströme und Best Estimates berechnet wurden. Das Portefeuille besteht zu etwa 90 % aus italienischen Term-Fix-Versicherungen.

Das Sparkapital sammelt sich durch die regelmäßigen Zahlungen in der Deckungsrückstellung an. Diese ist durch ein entsprechendes Depot besichert und wird vertragsgemäß verzinst. Das Risiko besteht jeweils in Höhe des riskierten Kapitals durch das vorzeitige Versterben des Beitragszahlers. Durch die Verwendung der älteren Sterbetafel entstehen Sterblichkeitsgewinne. Auf Basis der Projektionen der Retrozedentin wurde ein Best Estimate von -219 Tsd. Euro ermittelt.

Risikomarge

Die Risikomarge soll die Übertragungsmöglichkeit der Versicherungsverpflichtungen auf ein anderes Versicherungsunternehmen sicherstellen. Sie ist der theoretische Aufschlag auf den Besten Schätzwert, den das übernehmende Unternehmen für die in den Verpflichtungen enthaltenen nicht-hedgebaren Risiken verlangen würde. Die Risikomarge wird bestimmt als Barwert der Kosten, die für die Bereitstellung anrechnungsfähiger Eigenmittel in Höhe der Solvenzkapitalanforderung (siehe E.2) für die Bedeckung der nicht-hedgebaren Risiken bis zum Ablauf des Bestandes anfallen.

Da eine exakte Projektion der Solvenzkapitalanforderung in der Regel nicht möglich ist, sind verschiedene Vereinfachungsstufen vorgesehen. Die Gesellschaft verwendet die

Vereinfachungsstufe 4, bei der die Risikomarge vereinfachend durch einen faktoriellen Ansatz aus den Best Estimates berechnet wird.

Unterschiede zwischen Solvency-II-Werten und HGB-Werten

Hinsichtlich der Bewertung der Versicherungstechnischen Rückstellungen gibt es grundsätzliche Unterschiede zwischen der Solvabilitätsübersicht und den handelsrechtlichen Werten insbesondere in den folgenden Bereichen:

- Annahmen: Während Solvency-II-Werte auf Besten Schätzwerten und marktkonsistenten Annahmen beruhen, werden die HGB-Werte mit vorsichtigen Annahmen berechnet. Hierunter versteht man, dass unter HGB Annahmen beispielsweise zu Biometrie und Kosten mit Sicherheitsspannen versehen sind und die Bewertung zukünftiger Zahlungsströme im Wesentlichen auf tariflichen Zinssätzen basiert. Unter HGB werden Rechnungsgrundlagen erster Ordnung und unter Solvency II zweiter Ordnung verwendet. Die Schadenrückstellungen werden unter Solvency II diskontiert, unter HGB findet keine Diskontierung statt.
- Schadenrückstellungen: In HGB sind die Schadenrückstellungen gemäß dem Vorsichtsprinzip (Grundlagen ordnungsgemäßer Buchführung) gebildet, während unter Solvency II die wahrscheinlichsten Rückstellungen (Best Estimate) angesetzt werden. Die dabei verwendeten Methoden zur Berechnung des besten Schätzwertes der Schadenrückstellung entsprechen den gleichen wie für die HGB-Reserveanalyse. Unter Solvency II erfolgt eine Diskontierung mit einer risikolosen Zinsstrukturkurve.
- Deckungsrückstellungen: Die HGB-Deckungsrückstellung wird mit vorsichtigen Rechnungsgrundlagen 1. Ordnung berechnet. Das heißt, dass alle Rechnungsgrundlagen (Ausscheidewahrscheinlichkeiten, Kostensätze, Rechnungszinssätze) mit Sicherheitsspannen versehen sein müssen. Der Verantwortliche Aktuar muss dabei sicherstellen, dass diese Sicherheitsspannen ausreichend sind. Unter Solvency II wird der beste Schätzwert mit realistischen Rechnungsgrundlagen ohne Sicherheitsspannen (2. Ordnung) berechnet. Die Risikomarge deckt die Finanzierung des Kapitalbedarfs u. a. für versicherungstechnische Risiken ab.
- Rechnungszinsen: Zur Diskontierung wird unter HGB der jeweilige tarifliche Rechnungszinssatz, maximal der Höchstrechnungszinssatz gemäß Deckungsrückstellungsverordnung, verwendet. In den ersten 15 Jahren (ausgehend vom Bewertungsstichtag) wird ein niedrigerer Zins angesetzt, wenn der tarifliche Rechnungszinssatz höher ist als der Mittelwert der 10-jährigen Euro-Zinsswapsätze der letzten 10 Jahre. Unter Solvency II wird dagegen eine aktuelle risikolose Zinsstrukturkurve (vorgegeben von der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) verwendet.
- Optionen der Versicherungsnehmer: Unter HGB werden bei der Bewertung keine Optionen der Versicherungsnehmer berücksichtigt. Unter Solvency II dagegen werden diese Optionen bei der Berechnung der versicherungstechnischen Zahlungsströme in Form von Optionsausübungs-wahrscheinlichkeiten explizit berücksichtigt.

- Passive Rückversicherung: In der HGB-Bilanz werden Anteile der Rückversicherer an Versicherungstechnischen Rückstellungen direkt auf der Passivseite als negativer Posten angesetzt und die jeweilige Rückstellung somit als Nettobetrag dargestellt. In der Solvency-II-Bilanz werden die Versicherungstechnischen Rückstellungen stets brutto angesetzt; die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen werden auf der Aktivseite geführt.

Grad der Unsicherheit, mit dem der Wert der Versicherungstechnischen Rückstellungen behaftet ist

Unsicherheiten, die zu einer wesentlich verfälschten Darstellung der Solvabilitätsübersicht und insbesondere der Versicherungstechnischen Rückstellungen führen würden, liegen nach dem aktuellen Kenntnisstand nicht vor.

Aus Sicht der Gesellschaft könnten sich Unsicherheiten in der Bewertung in den folgenden Bereichen ergeben:

- die unvermeidlichen Vereinfachungen jedes Modells gegenüber der Realität;
- Schätzunsicherheiten in den verwendeten Annahmen: in der Schadenentwicklung (im Wesentlichen: Zeitpunkt, Häufigkeit und Schwere der Schadenereignisse, Endschadenhöhe, Abwicklungsdauer, Inflation);
- Schätzunsicherheiten in den verwendeten Annahmen zu der Kostenentwicklung;
- Schätzunsicherheiten in den verwendeten Annahmen zu dem Kundenverhalten;
- Vereinfachungen in der Projektion der versicherungstechnischen Zahlungsströme.

Das verwendete Modell bildet realitätsnahe zukünftige Entwicklungen von Schäden und Kosten ab. Dies unterliegt jedoch einer gewissen Unsicherheit, da die Zukunft nicht exakt vorhergesagt werden kann. Dennoch erfasst das zu Grunde liegende Modell alle wesentlichen Aspekte, die für eine Bewertung zu Solvabilitätszwecken erforderlich sind. Gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sind Vereinfachungen zulässig, soweit sie angemessen sind in Bezug auf die Art, den Umfang und die Komplexität der Risiken des Unternehmens. Dies ist aus Sicht der Gesellschaft grundsätzlich gegeben. Bei der Berechnung der Risikomarge und der Aufteilung auf die Geschäftsbereiche (siehe Beschreibung des Verfahrens weiter oben) werden Verfeinerungen für sinnvoll erachtet und entsprechend umgesetzt.

Um die Schätzunsicherheiten bei den verwendeten Annahmen so gering wie möglich zu halten, werden diese laufend überwacht und bei Bedarf in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

Die Angemessenheit der verwendeten Modelle und Annahmen wird von der Versicherungsmathematischen Funktion (siehe B.6) gewährleistet. Die dargestellten Unsicherheiten führen nach Einschätzung der Gesellschaft und der Wirtschaftsprüfer nicht zu einer wesentlich verfälschten Darstellung der Versicherungstechnischen Rückstellungen.

Sonstige Anpassungen und Übergangsmaßnahmen

Die Gesellschaft hat keine Matching-Anpassung an die maßgebliche risikofreie Zinskurve gemäß §80 VAG sowie keine Volatilitätsanpassung gemäß § 82 VAG vorgenommen und

verwendet weder die Übergangsmaßnahme bei risikofreien Zinssätzen gemäß § 351 VAG noch bei den Versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß § 352 VAG.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Übersicht über Sonstige Verbindlichkeiten			
<i>in Tsd. €</i>	<i>Solvency-II-Wert</i>	<i>Bewertung nach HGB</i>	Δ <i>SII vs. HGB</i>
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	327	327	0
Rentenzahlungsverpflichtungen	52.936	33.739	19.197
Depotverbindlichkeiten	6.482	6.482	0
Latente Steuerschulden	4.783	-	4.783
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	20	20	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	164.319	174.338	-10.019

Tabelle 6: Übersicht über Sonstige Verbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Hierunter fallen ausschließlich sonstige Rückstellungen, welche nicht bereits an anderer Stelle ausgewiesen werden.

Der handelsrechtliche Ansatz der Sonstigen Rückstellungen erfolgt grundsätzlich zum Erfüllungsbetrag. Die Berechnung erfolgt unter Anwendung des § 253 Abs. 1 und 2 HGB. Da es sich um kurzfristige Verpflichtungen handelt, wird als Solvency-II-Wert vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Die Rentenzahlungsverpflichtungen beinhalten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern.

Die Ermittlung des Solvency-II-Wertes erfolgt nach International Accounting Standards (IAS) 19 gemäß der Projected-Unit-Credit-Methode. Als Rechnungsgrundlage werden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck unter Ansatz eines Rechnungszinses von 1,828 % und einer Gehaltsdynamik von 2,00-2,25 % p.a. (und gegebenenfalls einer Fluktuation von 2 %) verwendet.

Der handelsrechtliche Wert wird nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit den gleichen Rechnungsgrundlagen und Dynamikannahmen bestimmt, jedoch mit einem höheren Rechnungszins von 4,01 %.

Die Gesellschaft hat gegenüber einigen Verbundunternehmen für einen Großteil der Pensionsverpflichtungen ihren Schuldbeitritt erklärt. Aus diesem Grund werden in der HGB-Bilanz alle zugesagten Pensionsverpflichtungen bilanziert. Unter Solvency II bilanziert jedoch jedes Verbundunternehmen die Verpflichtung vollständig selbst und weist gleichzeitig unter den Forderungen den Schuldbeitritt der Gesellschaft aus. Da die Pensionsverpflichtungen somit bereits abgebildet sind, werden unter den Pensionsverpflichtungen nur die

Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern ausgewiesen – die Verbindlichkeit aufgrund des Schuldbeitritts wird dagegen unter Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) ausgewiesen.

Depotverbindlichkeiten

Der handelsrechtliche Ansatz der Depotverbindlichkeiten aus der passiven Rückversicherung erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Als Solvency-II-Wert wird vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

Latente Steuerschulden

Aufgrund der Neubewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten weichen die Bewertungen der Solvabilitätsübersicht nicht nur von den handelsrechtlichen Werten, sondern auch von der Bewertung in der Steuerbilanz wesentlich ab. Bei Realisierung dieser temporären Bewertungsunterschiede ergeben sich Auswirkungen auf zukünftige Steuerzahlungen, welche in der Solvabilitätsübersicht unter den Positionen zu den latenten Steuern berücksichtigt werden müssen. Mögliche zukünftige Steuerzahlungen werden unter latenten Steuerschulden, mögliche zukünftige Steuerrückforderungen unter latenten Steueransprüchen (siehe D.1) erfasst.

Die Berechnung der Steuerabgrenzung erfolgt mit dem zum Zeitpunkt der Auflösung gültigen Steuersatz. Für die Berechnung der passiven latenten Steuern ist ein Steuersatz von 33 % beziehungsweise 1,6 % angesetzt (vgl. Kapitel D.1 Latente Steueransprüche). Wesentliche Auslöser für Passive Steuerlatenzen bestehen in der Bewertung stiller Reserven bei den Rentenpapieren innerhalb des Kapitalanlagebestandes-

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt grundsätzlich für jeden Vermögenswert und jede Verbindlichkeit einzeln; eine Diskontierung oder Saldierung findet nicht statt. Eine vergleichbare Position in der HGB-Bilanz existiert nicht, sodass sich ein Bewertungsunterschied in Höhe des Solvency-II-Wertes ergibt.

Bei den latenten Steuerschulden handelt es sich nicht um tatsächliche Steuerverbindlichkeiten, sondern um eine rein theoretische Bewertung im Rahmen der Solvabilitätsbetrachtung. Die in der HGB-Bilanz angesetzten Steuerrückstellungen sind in der Position Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Die Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern beinhalten Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Da es sich um kurzfristige Außenstände handelt, wird als Solvency-II-Wert vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Die Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Konzerngesellschaften.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Da es sich um kurzfristige Außenstände handelt, wird als Solvency-II-Wert grundsätzlich der HGB-Wert übernommen. Die Bewertungsdifferenz resultiert ausschließlich aus der Umbewertung der

Verbindlichkeiten aus dem Schuldbeitritt der Gesellschaft gegenüber den Verbundgesellschaften. Im Gegensatz zur HGB-Bilanz werden hier die Verbindlichkeiten aus dem Schuldbeitritt der Gesellschaft im Rahmen der Pensionsrückstellungen ausgewiesen. Siehe hierzu auch Kapitel D.3 – Rentenzahlungsverpflichtungen.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Sofern bei der Bestimmung von Solvency-II-Werten, die keine Versicherungstechnischen Rückstellungen sind, die Verwendung notierter Marktpreise nicht möglich ist, werden alternative Bewertungsmethoden angewendet. Diese stützen sich so wenig wie möglich auf unternehmensspezifische Inputfaktoren und so weit wie möglich auf relevante Marktdaten.

Wie in D.1 und D.3 beschrieben, werden für folgende Positionen der Solvabilitätsübersicht alternative Bewertungsmethoden verwendet:

Übersicht über alternativ bewertete Bilanzpositionen	
Position in der Solvabilitätsübersicht	alternative Bewertungsmethoden
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen (ohne Investmentfonds)	Adjusted-Equity-Bewertungsverfahren, Ertragswertverfahren, Substanzwertverfahren
Aktien – nicht notiert	Adjusted-Equity-Bewertungsverfahren, Ertragswertverfahren
Staatsanleihen und Unternehmensanleihen (sofern nicht börsennotiert)	Discounted Cash-Flow-Methode, Verwendung eines Optionspreismodells
Rentenzahlungsverpflichtungen	Projected Unit-Credit-Methode
Alle sonstigen nicht mit beobachtbaren Marktpreisen bewerteten Bilanzpositionen	Übernahme des handelsrechtlichen Wertes

Tabelle 7: Übersicht über alternativ bewertete Bilanzpositionen

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen existiert für die übrigen Beteiligungen (Beteiligungen, die gemäß Kapitel D.1 nicht nach den für Organismen für gemeinsame Anlagen geltenden Bestimmungen bewertet werden) kein notierter Marktpreis. Für Unternehmen, die vollkonsolidiert in die Gruppenberechnung einfließen, wird das Adjusted-Equity-Bewertungsverfahren angewendet. Bei den weiteren Beteiligungen, die weder nach den für Organismen für gemeinsame Anlagen geltenden Bestimmungen noch mit der Adjusted-Equity-Methode bewertet werden, wird aus Wesentlichkeitsgründen der handelsrechtliche Zeitwert verwendet, der auf Basis des Ertragswertverfahrens oder des Substanzwertverfahrens ermittelt wurde.

Beim Ertragswertverfahren werden auf den Stichtag abgezinste, künftige Einzahlungsüberschüsse aus der unternehmerischen Tätigkeit betrachtet. Der hierbei verwendete Kapitalisierungszinssatz basiert auf einem risikolosen Zinssatz (Svensson-Methode), der Marktrisikoprämie und auf dem Beta-Faktor. Darüber hinaus wird ein Wachstumsabschlag bei der Berechnung berücksichtigt. Beim Substanzwertverfahren

werden die Vermögenswerte und Schulden anhand von Kriterien wie zum Beispiel deren Marktwert, Wiederbeschaffungswert oder Liquidationswert bewertet.

Für die Aktien – nicht notiert liegen keine notierten Marktpreise vor. Folglich wird die Bewertung analog zu den Anteilen an verbundenen Unternehmen vorgenommen.

Bei den nicht notierten Staatsanleihen und den Unternehmensanleihen in der Direktanlage erfolgt die Bewertung anhand eines Discounted Cash-Flow Modelles unter Berücksichtigung des risikolosen Zinses sowie eines individuellen bonitätsbedingten Zuschlags je Emittent (Spread), da für diese Anleihen keine Marktpreise vorliegen. Sofern die Anleihen zusätzlich Emittentenkündigungsrechte enthalten, werden diese mit einem Optionspreismodell unter Berücksichtigung der aktuellen Marktbedingungen bewertet.

Die langfristigen Personalrückstellungen unter der Position Rentenzahlungsverpflichtungen werden unter Solvency II gemäß IAS 19 mit der Projected Unit-Credit-Methode bewertet. Die Abzinsung erfolgt durch den zum Stichtag relevanten Zinssatz nach internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS), der wiederum auf Basis von „high quality corporate bonds“ ermittelt wird.

Für alle sonstigen nicht mit beobachtbaren Marktpreisen bewerteten Bilanzpositionen übernimmt die Gesellschaft die handelsrechtlichen Werte. Diese Vereinfachung ist entweder regulatorisch wegen der kurzfristigen Laufzeit der betroffenen Forderungen und Verbindlichkeiten anerkannt oder die entsprechende Vereinfachung ist nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und Wesentlichkeit angemessen.

Die Angemessenheit der Bewertung der oben genannten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf Basis alternativer Bewertungsmethoden wird einer regelmäßigen Überprüfung vor dem Hintergrund der gewonnenen Erfahrungen unterzogen.

Nach Einschätzung der Gesellschaft hat die Anwendung der alternativen Bewertungsmethoden in den dargestellten Bereichen keinen wesentlichen Einfluss auf die Solvabilitätsübersicht.

D.5 Sonstige Angaben

Es gibt keine weiteren wesentlichen Informationen zur Bewertung für Solvabilitätszwecke der Gesellschaft.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Eine Hauptperspektive bei der Risikosteuerung ist die Betrachtung der Solvenzkapitalanforderung mit dem Ziel, sicherzustellen, dass die aus dem Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken mindestens mit einem Zeithorizont von drei Jahren mit geeigneten Eigenmitteln bedeckt werden können. Die Basis für die Projektion bildet die Unternehmensplanung.

Das Kapitalmanagement sorgt dafür, dass nicht nur aktuell, sondern im gesamten Planungszeitraum die vorhandenen Eigenmittel die Eigenmittelanforderungen übersteigen. Das Kapitalmanagement beinhaltet die Eigenkapitalbeschaffung, die Kapitalplanung und die laufende Überwachung der Kapitaltragfähigkeit. Prozesse und Verantwortlichkeiten sind in einer unternehmenseigenen Richtlinie festgelegt.

Ein wesentliches Element des Kapitalmanagements der Gesellschaft ist die Gewinnthesaurierung, das heißt Erträge werden grundsätzlich thesauriert, unter anderem um eine kontinuierliche Verbesserung der Solvabilität zu erreichen.

Wesentliche Änderungen in den Zielsetzungen und angewandten Verfahren des Kapitalmanagements haben sich im Berichtszeitraum nicht ergeben.

Die verfügbaren Eigenmittel ergeben sich als Summe aus Basiseigenmitteln und ergänzenden Eigenmitteln. Ausgangspunkt für die Bestimmung der verfügbaren Basiseigenmittel ist der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten aus der Solvabilitätsübersicht (siehe D.). Ergänzende Eigenmittel sind außerbilanzielle Eigenmittel, die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können. Für die Gesellschaft werden keine ergänzenden Eigenmittel angesetzt.

Die verfügbaren Eigenmittel werden gemäß regulatorischer Anforderungen (insbesondere hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit und Nachrangigkeit gegenüber anderen Verbindlichkeiten) in drei Qualitätsklassen (Tiers) eingestuft. Tier 1 stellt dabei die höchste Qualitätsklasse dar. Die Klassifizierung der Eigenmittelbestandteile in Tiers bildet die Grundlage für die Anwendung der quantitativen Anrechnungsgrenzen zur Ermittlung der anrechnungsfähigen Eigenmittel.

Aus der Tier-Klassifikation ergeben sich schließlich die zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung anrechnungsfähigen Eigenmittel.

Verfügbare Basiseigenmittel

Insgesamt ergeben sich verfügbare Basiseigenmittel von 2.494.194 Tsd. Euro. Die nachfolgende Tabelle enthält die relevanten Komponenten der verfügbaren Basiseigenmittel:

Übersicht über die verfügbaren Basiseigenmittel				
<i>in Tsd. €</i>	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Gesamt
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	2.494.933	0	0	2.494.933
<i>Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)</i>	<i>120.000</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>120.000</i>
<i>Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio</i>	<i>1.104</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>1.104</i>
<i>Vorzugsaktien</i>	<i>8.686</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>8.686</i>
<i>Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio</i>	<i>52</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>52</i>
<i>Ausgleichsrücklage</i>	<i>2.364.352</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>2.364.352</i>
<i>Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte</i>	<i>738</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>738</i>
Verfügbare Basiseigenmittel	2.494.194	0	0	2.494.194

Tabelle 8: Übersicht über die verfügbaren Basiseigenmittel

Insgesamt ergeben sich somit 2.494.194 Tsd. Euro verfügbare Basiseigenmittel der höchsten Qualitätsklasse Tier 1. Die Differenz von 738 Tsd. Euro zwischen dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten und den Verfügbaren Basiseigenmitteln ist zurückzuführen auf eine vorhersehbare Dividendenzahlung in dieser Höhe.

Sämtliche Basiseigenmittel sind unbegrenzt verfügbar. Mit Ausnahme der Vorzugsaktien und dem auf die Vorzugsaktien entfallenden Emissionsagio sind sämtliche Basiseigenmittel uneingeschränkt verfügbar. Die Vorzugsaktien und das auf Vorzugsaktien entfallende Emissionsagio liegen jedoch unterhalb der Obergrenze für die Anrechnungsfähigkeit, so dass diese voll anrechenbar sind.

Die Position Grundkapital umfasst das gezeichnete Kapital der Gesellschaft und ist eingeteilt in 120.000.000 Stammaktien im Nennwert von je 1,00 Euro. Alle Aktien lauten auf den Namen. Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen bestehen nicht. Das Grundkapital erfüllt die Anforderungen an Tier-1-Eigenmittel.

Bei Emission des Grundkapitals ergab sich ein auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio in Höhe von 1.104 Tsd. Euro, das die Anforderungen an Tier-1-Eigenmittel erfüllt.

Die Position Vorzugsaktien umfasst die gezeichneten Vorzugsaktien der Gesellschaft und ist eingeteilt in 8.686.325 volleingezahlte Vorzugsaktien im Nennwert von 1,00. Alle Aktien lauten auf den Namen. Die Vorzugsaktien erfüllen die Anforderungen an Tier-1-Eigenmittel.

Bei Emission der Vorzugsaktien ergab sich ein auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio in Höhe von 52 Tsd. Euro, das die Anforderungen an Tier-1-Eigenmittel erfüllt.

Die Ausgleichsrücklage umfasst die Bewertungsunterschiede zwischen Solvency-II-Wert und HGB-Wert hinsichtlich des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten sowie weitere Teile des handelsrechtlichen Eigenkapitals. Ein Abzug für vorhersehbare

Ausschüttungen an Anteilseigner ist erforderlich, da diese zum Fälligkeitsdatum dieses Berichtes vorhersehbar sind. Die Ausgleichsrücklage erfüllt die Anforderungen an Tier-1-Eigenmittel.

Anrechnungsfähige Eigenmittel

Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel sind neben der Eigenmittelqualität zusätzlich die nachfolgenden quantitativen Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung der Kapitalanforderungen heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten.

Klasse	SCR-Bedeckung	MCR-Bedeckung
Tier 1	Min. 50 %	Min. 80 %
Tier 2	Max. 50 %	Max. 20 %
Tier 3	Max. 15 %	keine

Tabelle 9: Tier-Anrechnungsgrenzen in Bezug auf die Kapitalanforderungen

Die verfügbaren Basiseigenmittel in Höhe von 2.494.194 Tsd. Euro sind in vollem Umfang für die Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung anrechnungsfähig. Die Anrechnungsgrenzen wirken nicht, da die Gesellschaft zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung die ausschließlich vorhandenen Tier-1-Eigenmittel heranzieht.

Unterschied zum handelsrechtlichen Eigenkapital

Der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten aus der Solvabilitätsübersicht beträgt 2.494.933 Tsd. Euro. Er übersteigt damit das handelsrechtliche Eigenkapital in Höhe von 258.520 Tsd. Euro um 2.236.413 Tsd. Euro. Diese Abweichung ist im Wesentlichen zurückzuführen auf Bewertungsunterschiede bei Anteilen an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen (siehe D.1, Unterschied in Höhe von 2.239.229 Tsd. Euro). Die Bewertungsunterschiede der Beteiligungen ergeben sich daraus, dass diese Gesellschaften unter Solvency II nach der Adjusted-Equity-Methode umbewertet werden. In den Berichten zur Solvabilität und Finanzlage der jeweiligen Gesellschaft finden sich detaillierte Erläuterungen zu den Bewertungsunterschieden.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Um die Leistungen an Versicherungsnehmer bei Eintritt auch sehr unwahrscheinlicher Risiken sicherzustellen, müssen Versicherungsunternehmen einen Kapitalpuffer (Eigenmittel) vorhalten. Wesentliche aufsichtsrechtliche Sollgröße für den geforderten Kapitalpuffer ist die Solvenzkapitalanforderung. Sie wird so festgelegt, dass bei Einhaltung der Solvenzkapitalanforderung (das heißt bei einer Bedeckungsquote von 100 %) die Leistungen an Versicherungsnehmer auch bei Eintritt eines extremen Stressszenarios (200-Jahres-Ereignis) gesichert sind.

Bei der Berechnung der Solvenz- und Mindestkapitalanforderung werden keine Vereinfachungen angewendet. Darüber hinaus werden keine unternehmensspezifischen Parameter gemäß § 109 (2) VAG verwendet.

Solvenzkapitalanforderung

Die Solvenzkapitalanforderung wird für die Gesellschaft auf Basis der Standardformel ermittelt. Für diejenigen Risikomodule der Standardformel, die dabei aufgrund des Risikoprofils der Gesellschaft von Bedeutung sind (siehe C.), werden die einzelnen Solvenzkapitalanforderungen in der folgenden Tabelle dargestellt.

Zusammensetzung der Solvenzkapitalanforderung (in Tsd. €)	
Marktrisiko	572.825
Gegenparteiausfallrisiko	2.334
Schadenversicherungstechnisches Risiko	2
Diversifikation	-1.748
Basissolvenzkapitalanforderung	573.413
Operationelles Risiko	59
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	573.473

Tabelle 10: Zusammensetzung der Solvenzkapitalanforderung

Die Basissolvenzkapitalanforderung wird dominiert vom Marktrisiko. Risikomindernd wirken Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risiken.

Die Solvenzkapitalanforderung hat sich zum Stichtag im Vergleich zum 1. Januar 2016 um 164,2 % erhöht. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus Änderungen in der Bilanzierung und steht im Einklang zu den im Vergleich zum 1. Januar 2016 ebenfalls deutlich gestiegenen Eigenmitteln der Gesellschaft.

Gemäß Artikel 297 Absatz 2 Buchstabe (a) der Delegierten Verordnung ist an dieser Stelle der Hinweis notwendig, dass der Betrag der Solvenzkapitalanforderung noch der aufsichtlichen Prüfung unterliegt.

Mindestkapitalanforderung

Zusätzlich zur Solvenzkapitalanforderung soll die Mindestkapitalanforderung (MCR) ein Mindestniveau gewährleisten, unter das die Eigenmittel keinesfalls absinken dürfen. Dieses Niveau wird nach einer einfachen Formel in Abhängigkeit vom Geschäftsumfang des Versicherungsunternehmens (insbesondere der Höhe der Versicherungstechnischen Rückstellungen und des riskierten Kapitals) bestimmt, liegt jedoch stets zwischen 25 % und 45 % der Solvenzkapitalanforderung. Für die Gesellschaft beträgt die Mindestkapitalanforderung 143.368 Tsd. Euro. Die Mindestkapitalanforderung hat sich zum Stichtag im Vergleich zum 1. Januar 2016 um 164,2 % erhöht. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus Änderungen in der Bilanzierung und steht im Einklang zu den im Vergleich zum 1. Januar 2016 ebenfalls deutlich gestiegenen Eigenmitteln der Gesellschaft.

Bedeckungsquoten

Die resultierenden Bedeckungsquoten in Höhe von 434,9 % (SCR-Quote) und 1.739,7 % (MCR-Quote) ergeben sich als Quotient aus anrechnungsfähigen Eigenmitteln (2.494.194

Tsd. Euro) und der Solvenz- (573.473 Tsd. Euro) beziehungsweise Mindestkapitalanforderung (143.368 Tsd. Euro).

Damit liegen die Bedeckungsquoten deutlich über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Solvency II und die aktuelle Risikosituation liegt innerhalb der Risikotragfähigkeit des Unternehmens.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Deutschland hat keinen Gebrauch von der Option gemacht, die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko zuzulassen. Dementsprechend verwendet die Gesellschaft kein durationsbasiertes Untermodul Aktienrisiko zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Gesellschaft verwendet keine internen Modelle zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Im Berichtszeitraum ist keine Nichteinhaltung der Mindest- oder der Solvenzkapitalanforderung gemäß § 40 Absatz 5 VAG eingetreten.

E.6 Sonstige Angaben

Es gibt keine weiteren wesentlichen Informationen zum Kapitalmanagement der Gesellschaft.

Anhang I

Im Folgenden sind ausschließlich die für die Gesellschaft relevanten QRTs angehängt.

Das QRT S.19.01 ist nicht angehängt, da die Gesellschaft keine Entwicklung der Kostenschätzung für Versicherungsfälle im Zeitablauf (Abwicklungsdreiecke) erstellt. Die Gesellschaft ist nur noch in geringem Umfang in der Rückversicherung tätig (siehe A.1).

Anhang I
S.02.01.02
Bilanz (Seite 1)

Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte
 Latente Steueransprüche
 Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen
 Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf
 Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)
 Immobilien (außer zur Eigennutzung)
 Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen
 Aktien
 Aktien – notiert
 Aktien – nicht notiert
 Anleihen
 Staatsanleihen
 Unternehmensanleihen
 Strukturierte Schuldtitel
 Besicherte Wertpapiere
 Organismen für gemeinsame Anlagen
 Derivate
 Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten
 Sonstige Anlagen
 Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge
 Darlehen und Hypotheken
 Policendarlehen
 Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen
 Sonstige Darlehen und Hypotheken
 Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:
 Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen
 Krankenversicherungen
 Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen
 nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen
 Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen
 Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen
 Versicherungen
 nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen
 Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen
 Versicherungen
 Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden
 Depotforderungen
 Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern
 Forderungen gegenüber Rückversicherern
 Forderungen (Handel, nicht Versicherung)
 Eigene Anteile (direkt gehalten)
 In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte,
 aber noch nicht eingezahlte Mittel
 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
 Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte
Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II- Wert
	C0010
R0030	0
R0040	4.783
R0050	364
R0060	0
R0070	2.667.542
R0080	0
R0090	2.559.150
R0100	7.895
R0110	0
R0120	7.895
R0130	82.633
R0140	2.432
R0150	80.202
R0160	0
R0170	0
R0180	17.863
R0190	0
R0200	0
R0210	0
R0220	0
R0230	0
R0240	0
R0250	0
R0260	0
R0270	2.444
R0280	1.883
R0290	1.883
R0300	0
R0310	560
R0320	
R0330	560
R0340	
R0350	6.482
R0360	0
R0370	169
R0380	44.446
R0390	0
R0400	
R0410	22
R0420	3
R0500	2.726.255

Anhang I**S.02.01.02****Bilanz (Seite 2)****Verbindlichkeiten**

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)

Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Eventualverbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Rentenzahlungsverpflichtungen

Depotverbindlichkeiten

Latente Steuerschulden

Derivate

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten

In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten insgesamt**Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten**

	Solvabilität-II- Wert
	C0010
R0510	1.892
R0520	1.892
R0530	0
R0540	1.891
R0550	1
R0560	0
R0570	0
R0580	0
R0590	0
R0600	563
R0610	
R0620	
R0630	
R0640	
R0650	563
R0660	0
R0670	563
R0680	0
R0690	0
R0700	0
R0710	0
R0720	0
R0740	0
R0750	327
R0760	52.936
R0770	6.482
R0780	4.783
R0790	0
R0800	0
R0810	0
R0820	0
R0830	20
R0840	164.319
R0850	0
R0860	0
R0870	
R0880	0
R0900	231.322
R1000	2.494.933

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Nichtlebensversicherungsverpflichtungen						Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunftsland	
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060		C0070
		C0010	SWITZERLAND	FRANCE	UNITED KINGDOM	ITALY	UNITED STATES		C0070
		C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	0	0	0	0	0	0	0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120	-4	0	0	0	0	0	-3	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130	0	0	0	0	0	0	0	
Anteil der Rückversicherer	R0140	-3	0	0	0	0	0	-3	
Netto	R0200	0	0	0	0	0	0	0	
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	0	0	0	0	0	0	0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220	0	0	0	0	0	0	1	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230	0	0	0	0	0	0	0	
Anteil der Rückversicherer	R0240	1	0	0	0	0	0	1	
Netto	R0300	0	0	0	0	0	0	0	
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	0	0	0	0	0	0	0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320	-39	0	-1	0	38	-1	-2	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330	-64	0	0	-13	0	118	41	
Anteil der Rückversicherer	R0340	54	0	0	0	0	0	54	
Netto	R0400	-157	0	-1	-13	38	117	-15	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410	0	0	0	0	0	0	0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420	0	0	0	0	0	0	0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430	0	0	0	0	0	0	0	
Anteil der Rückversicherer	R0440	0	0	0	0	0	0	0	
Netto	R0500	0	0	0	0	0	0	0	
Angefallene Aufwendungen	R0550	25						25	
Sonstige Aufwendungen	R1200							0	
Gesamtaufwendungen	R1300							25	

Anhang I
S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (Seite 1)

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebens- versicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungs- verpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungs- verpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)	
		Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	C0060				C0070
	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0150
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet										
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet										
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Bester Schätzwert										
Bester Schätzwert (brutto)										
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen									563	563
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt									3	3
Risikomarge									0	0
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen										
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet										
Bester Schätzwert										
Risikomarge										
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt									563	563

Anhang I
S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (Seite 2)

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)		Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)	
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				
	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010					
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020					
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge						
Bester Schätzwert						
Bester Schätzwert (brutto)	R0030					
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0080					
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090					
Risikomarge	R0100					
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen						
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110					
Bester Schätzwert	R0120					
Risikomarge	R0130					
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200					

Anhang I

S.17.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen –Nichtlebensversicherung (Seite 2)

		Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
		Krankheits- kosten- versicherung	Einkommens- ersatz- versicherung	Arbeitsunfall- versicherung	Kraftfahrzeug- haftpflicht- versicherung	Sonstige Kraftfahrt- versicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflicht- versicherung	Kredit- und Kautions- versicherung
		C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt										
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320		0		318		1.035	30	163	
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt	R0330		0		316		1.030	30	162	
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340		0		2		6	0	1	

Anhang I

S.17.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen –Nichtlebensversicherung (Seite 3)

	Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft			In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft			Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gesamt	
	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Nichtproportionale Krankenrückversicherung	Nichtproportionale Unfallrückversicherung	Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung		Nichtproportionale Sachrückversicherung
	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160		C0170
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010							
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0050							
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge								
Bester Schätzwert								
Prämienrückstellungen								
Brutto	R0060							
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0140							
Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen	R0150							
Schadenrückstellungen								
Brutto	R0160				306	4	36	1.891
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0240				306	4	36	1.883
Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen	R0250				0	0	0	8
Bester Schätzwert gesamt – brutto	R0260				306	4	36	1.891
Bester Schätzwert gesamt – netto	R0270				0	0	0	8
Risikomarge	R0280				0	0	0	1
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen								
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0290							
Bester Schätzwert	R0300							
Risikomarge	R0310							

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

	Gesamt C0010	Tier 1 – nicht gebunden C0020	Tier 1 – gebunden C0030	Tier 2 C0040	Tier 3 C0050
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010	120.000	120.000		
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030	1.104	1.104		
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040				
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050				
Überschussfonds	R0070				
Vorzugsaktien	R0090	8.686	8.686		
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110	52	52		
Ausgleichsrücklage	R0130	2.364.352	2.364.352		
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140				
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160	0			0
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180				

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

	Gesamt C0010	Tier 1 – nicht gebunden C0020	Tier 1 – gebunden C0030	Tier 2 C0040	Tier 3 C0050
	R0220				

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

	Gesamt C0010	Tier 1 – nicht gebunden C0020	Tier 1 – gebunden C0030	Tier 2 C0040	Tier 3 C0050
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0230	2.494.194	2.485.456	8.738	0
Ergänzende Eigenmittel	R0290				

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann

Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können

Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können

Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen

Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

	Gesamt C0010	Tier 1 – nicht gebunden C0020	Tier 1 – gebunden C0030	Tier 2 C0040	Tier 3 C0050
	R0300				
	R0310				
	R0320				
	R0330				
	R0340				
	R0350				
	R0360				
	R0370				
	R0390				
	R0400				
	R0500	2.494.194	2.485.456	8.738	0
	R0510	2.494.194	2.485.456	8.738	
	R0540	2.494.194	2.485.456	8.738	0
	R0550	2.494.194	2.485.456	8.738	0
	R0580	573.473			
	R0600	143.368			
	R0620	4,34928249809221			
	R0640	17,3971299923688			

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)

Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte

Sonstige Basiseigenmittelbestandteile

Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

	Gesamt C0060
	R0700
	R0710
	R0720
	R0730
	R0740
	R0760
	R0770
	R0780
	R0790

Anhang I

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Marktrisiko
 Gegenparteiausfallrisiko
 Lebensversicherungstechnisches Risiko
 Krankenversicherungstechnisches Risiko
 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
 Diversifikation
 Risiko immaterieller Vermögenswerte
Basissolvenzkapitalanforderung

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
 Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
 Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
 Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

Kapitalaufschlag bereits festgesetzt

Solvenzkapitalanforderung

Weitere Angaben zur SCR

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
 Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
	C0110	C0080	C0090
R0010	572.825	 	
R0020	2.334	 	
R0030		 	
R0040	0	 	
R0050	2	 	
R0060	-1.748	 	
R0070	0	 	
R0100	573.413	 	

	C0100
R0130	59
R0140	0
R0150	0
R0160	
R0200	573.473
R0210	
R0220	573.473
R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	

DE
Anhang I

S.28.01.01 (Seite 1)

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR_{NL}-Ergebnis

	C0010
R0010	1

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
	C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020	
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	0
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040	
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050	1
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060	
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070	5
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	0
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	1
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100	
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120	
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140	
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150	
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160	0
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170	0

DE
Anhang I

S.28.01.01 (Seite 2)

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0040
MCR _L -Ergebnis	0

Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen
 Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen
 Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen
 Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen
 Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft)
	C0050	C0060
R0210		
R0220		
R0230		
R0240	4	
R0250	 	

Berechnung der Gesamt-MCR

	C0070
Lineare MCR	1
SCR	573.473
MCR-Obergrenze	258.063
MCR-Untergrenze	143.368
Kombinierte MCR	143.368
Absolute Untergrenze der MCR	3.700
	C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400 143.368